

Achte Sitzung – Huitième séance

Mittwoch, 13. Juni 1990, Vormittag
Mercredi 13 juin 1990, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: M. Ruffy

90.026

Militärische Bauten und Landerwerb Ouvrages militaires et acquisitions de terrain

Botschaft und Beschlussentwurf vom 4. April 1990 (BBI II, 489)
Message et projet d'arrêté du 4 avril 1990 (FF II, 453)

Le président: Je vous donne quelques indications sur la procédure que nous allons suivre.

Nous aurons d'abord un débat d'entrée en matière sans aborder l'objet Neuchlen-Anschwilen. Nous aurons les rapporteurs de la commission, la proposition de renvoi de M. Bodenmann, les porte-parole des groupes, les orateurs individuels puis nous donnerons à nouveau la parole aux rapporteurs de la commission et bien sûr au Conseil fédéral.

L'entrée en matière n'étant pas combattue, nous voterons sur la proposition de renvoi. Nous passerons ensuite à la discussion par articles en prenant l'appendice I. Nous aurons les propositions de minorité Ledergerber au poste 211 et, au poste 232, le problème de Neuchlen-Anschwilen, nous aurons des propositions de minorité Ledergerber, Günter, ainsi que la proposition de minorité Rebeaud et la motion Rechsteiner. Nous nous prononcerons ensuite sur l'arrêté fédéral, article par article, puis sur l'ensemble, et ensuite sur la motion Rechsteiner.

Je souhaite à Mme Ursula Ulrich un bon anniversaire, car elle a sa fête aujourd'hui. (*Applaudissements*)

Antrag der Kommission

Mehrheit

Eintreten

Minderheit

(Bodenmann, Aguet, Ledergerber, Neukomm)

Eintreten und Rückweisung der Baubotschaft 1990 an den Bundesrat

Proposition de la commission

Majorité

Entrer en matière

Minorité

(Bodenmann, Aguet, Ledergerber, Neukomm)

Entrer en matière et renvoi du programme des constructions de 1990 au Conseil fédéral

Feigenwinter, Berichtstatter: Das Armeeleitbild bildete bisher den langfristigen Bezugsrahmen für die jeweils mehrere Legislaturperioden umfassende Rüstungs- und Investitionspolitik unserer Armee. Der Bundesrat hat sogenannte Ausbauschritte verabschiedet, denen das Parlament generell zustimmte. In der Legislaturplanung 1988 bis 1991 sollte der Investitionsrahmen im Bauwesen durch Prioritätensetzung und Kostensenkungsmassnahmen so tief gehalten werden, dass möglichst viele Mittel für die Rüstungsmaterialbeschaffung

freigemacht werden konnten. Damit wurden zu Recht die Verbesserung der Kampfkraft durch Beschaffung neuer Waffensysteme wie Panzer Leopard, Stinger usw. und die Kampfwertsteigerung bestehender Waffensysteme angestrebt und zu einem guten Teil auch erreicht.

Es ist unübersehbar, dass sich seit dem Beschluss über das letztjährige Rüstungs- und Bauprogramm in der Welt, vor allem in Europa, Veränderungen ergeben haben, die man noch vor wenigen Monaten für undenkbar hielt. Präsident Reagan wurde als Utopist verspottet, als er Mitte 1989 forderte, die Berliner Mauer müsse weg. Die vermeintliche Utopie als Bedingung für ein neues Verhältnis zwischen West und Ost hat sich in atemberaubendem Tempo verwirklicht. Was im Osten festgefügt erschien, ist in gewaltigem Mass in Bewegung geraten. Ob diese Entwicklung halten kann, was sie verspricht, steht noch nicht mit letzter Gewissheit fest. Vieles scheint nicht in erster Linie der Ueberzeugung zu verdanken zu sein, dass das kollektivistische kommunistische Gesellschaftssystem mit seinem menschenverachtenden Charakter versagt hat. Vielmehr zwingt offenbar die katastrophale wirtschaftliche Lage in den osteuropäischen Ländern zur Umkehr. Gewiss sehnen sich die Menschen in Osteuropa nach Freiheit. Ob die Veränderungen in ihren Ländern ihnen die Freiheit bringen wird, wie wir sie verstehen und zu Recht verteidigen, können wir heute noch nicht mit letzter Gewissheit sagen.

Eines aber scheint gewiss: Noch nie im 20. Jahrhundert bestand so viel Aussicht auf Entspannung und Abrüstung in Europa. Noch nie war die Hoffnung auf die Durchsetzung der Menschenrechte auf unserem Kontinent so gross wie heute. Dieser Prozess ist hoffnungsvoll, er ist aber noch längst nicht abgeschlossen. Noch hören wir viele Worte und sehen wenig Taten, weil diese bekanntlich mehr Zeit brauchen.

Europa ist daran, ein neues Haus zu bauen, in welchem West und Ost Platz finden. Aber man beugt sich immer noch über die Grundrisspläne dieses Hauses. Der Wille zur Einigung scheint dazusein. Die Einigung selber, das Fundament, ist noch nicht gefunden. Erstmals in der Geschichte der Schweiz zeichnet sich die Möglichkeit ab, dass die Frontlinien nicht mehr bei uns oder in unserer Nachbarschaft verlaufen. Der Sinn der Neutralität und die abwehrende Haltung nach allen Seiten scheinen aufgrund kommender Entwicklungen in Frage gestellt. Sie müssen neu überdacht werden. Ebenso wie die wirtschaftliche Stellung der Schweiz in Europa neu zu definieren ist, wird man auch nicht darum herumkommen, die militärische Stellung und Aufgabe der Schweiz zu hinterfragen und entsprechend den gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklungen neu festzulegen. Der Umstand, dass diese Entwicklungen noch in vollem Fluss sind, macht die Neubeurteilung der Lage nicht leichter, sondern wesentlich schwerer als bisher.

Der Bundesrat ist keineswegs untätig geblieben. Eine neue sicherheitspolitische Lagebeurteilung ist im Gang, und das Projekt «Armee 95» ist eingeleitet. Dass der Ausgangspunkt dieser Untersuchungen teilweise andere Motive hat, kann den Wert der eingeleiteten Operationen nicht schmälern. Wesentlich ist dabei nur, dass die aktuelle Bedrohungslage und der Gang der Abrüstungsgespräche sowie der Abrüstungsschritte einfließen. Wesentlich scheint zudem auch, dass Massnahmen, die sich als in jedem Falle notwendig erweisen, auch bei uns sofort eingeleitet werden. Der sichere Boden soll und darf aber nicht verlassen werden.

Uebertragen auf die konkrete Vorlage des militärischen Bauprogrammes führt das zu den folgenden Ueberlegungen, die der Meinung des Bundesrates und der Kommissionsmehrheit entsprechen:

1. Soweit sich Bauten als Folge bereits beschlossener oder in Verwendung stehender Waffensysteme als notwendig erweisen, sind sie auszuführen.
2. Es ist auf Bauten zu verzichten, welche die jetzige Konzeption zementieren und eine neue Konzeption unserer Armee präjudizieren würden.
3. Bereits beschlossene und in Ausführung stehende Bauten sind fertigzustellen.
4. Das Schwergewicht des Bauprogramms ist auf Ausbildungsbauten zu legen, welche einerseits eine zeitgemässe

Unterbringung der Truppe und andererseits eine Ausbildung unter möglichst guten Bedingungen ermöglichen. Damit wird das Schwergewicht des Bauprogrammes eindeutig auf die Ausbildungsbauten gelegt, welche heute ziemlich genau 40 Prozent der rund 370 Millionen Franken umfassenden Baubotschaft ausmachen. Bundesrat und Kommissionsmehrheit sind der Auffassung, dass Ausbildungsbauten in jedem Fall notwendig sind, und zwar ohne Rücksicht auf die künftige Verteidigungskonzeption der Schweiz.

Es kann auch in einer veränderten Bedrohungslage und bei entsprechend verändertem Auftrag unserer Armee davon ausgegangen werden, dass sowohl Armee wie allgemeine Wehrpflicht bleiben. Das entspricht im übrigen dem klaren Ausgang der Armee-Abstimmung vom 26. November 1989, aber auch der möglichen künftigen Sicherheitskonzeption der KSZE, in der niemand, aber auch gar niemand, über die Abschaffung von Armeen diskutiert und in der das Prinzip der Selbstverteidigung ausdrücklich unbestritten bleibt. Das Bauprogramm umfasst nach den Beschlüssen der Kommission Verpflichtungskredite von rund 370 Millionen Franken. Das sind rund 40 bis 70 Millionen Franken weniger als die Bauprogramme 1987 bis 1989. Die Kürzung konnte erzielt werden, weil insbesondere auf Kommandoposten für Heeresseinheiten verzichtet wurde. Für Sperrstellungen sind 37 Millionen Franken eingesetzt, damit die 1986 beschlossenen Waffensysteme auch eingesetzt werden können. 24,7 Millionen Franken sind für die Unterbringung und Anpassung der 1988 beschafften Richtstrahlstationen R-915 der Bodenfunkausrüstungen der Flugwaffe und das neue Flugplatz-Luftraumüberwachungsradar nötig. Es handelt sich ausschliesslich um Folgekosten für bereits beschaffte Systeme.

Im Logistikkbereich werden Verpflichtungskredite von insgesamt 71,9 Millionen Franken beantragt. Grösster Posten ist dabei ein Neubau des Zeughauses Sursee mit einer zentralisierten Wäscherei, wie sie im Prototyp bereits auf dem Waffenplatz Thun betrieben wird. Ebenso fallen darunter die Unterhalts- und Einstellhallen für die letztes Jahr beschlossenen Super Puma im Betrag von 31,26 Millionen Franken.

Ausbildungsbauten bilden – wie gesagt – das Schwergewicht der Baubotschaft und umfassen nach den Beschlüssen der Kommission rund 146 Millionen Franken. Darunter fällt insbesondere die zweite Tranche von 49,3 Millionen Franken für die schon letztes Jahr beschlossene Waffenplatzanlage Herisau-Gossau.

Die Mehrheit der Kommission schlägt Ihnen hier zusätzlich auch den Beschluss über die dritte Etappe im Betrag von 11,65 Millionen Franken vor. Ich komme in der Detailberatung auf diesen Antrag zurück.

Ebenfalls wird eine neue Kasernenanlage in Airolo im Betrag von 32,7 Millionen Franken zum Beschluss vorgeschlagen.

Die erste Anlage (Herisau-Gossau) ist – wie Ihnen ja bekannt sein dürfte – bestritten und wird Gegenstand der Detaildebatte sein. Die zweite Anlage (Airolo) sowie weitere Ausbildungsbauten in Payerne und Sitten sind bis heute unbestritten.

Die beantragten Zusatzkredite von insgesamt 9,73 Millionen Franken sind ausgewiesen und halten sich im Rahmen.

Die Kommission hat mit 16 zu 4 Stimmen Eintreten auf die Baubotschaft beschlossen und den gestellten Rückweisungsantrag abgelehnt. Aus den eingangs dargelegten sicherheitspolitischen Überlegungen besteht nach Auffassung der Kommissionsmehrheit kein Anlass, die Vorlage zurückzuweisen. Sie trägt – wie gesagt – der heutigen veränderten Bedrohungslage Rechnung und legt das Schwergewicht auf verbesserte Ausbildungsstätten für unsere Armee.

Ich beantrage Ihnen daher namens der Kommissionsmehrheit Eintreten auf die Vorlage und Abweisung des Rückweisungsantrages.

M. Leuba, rapporteur: Le Programme des constructions de 1990, tel qu'il est présenté par le Conseil fédéral, s'élève à 358,14 millions de francs. Ce programme est inférieur à celui des années 1987 à 1989, qui dépassait chaque fois les 400 millions. Cette réduction ne correspond pas à une diminution de la volonté de défense mais à une nécessité, les crédits de paiement, tels qu'ils résultent des budgets annuels, manifestant

une tendance sérieuse à la baisse, vu la situation des finances fédérales. Mais, moins on a de moyens à disposition, plus il est important d'effectuer des choix entre ce qui est indispensable, ce qui est nécessaire et ce qui n'est qu'utile. Le Conseil fédéral souhaite, conformément aux vœux du chef du département, mettre davantage l'accent sur l'infrastructure de l'instruction, au détriment des dépenses de renforcement du terrain.

A cet égard, deux remarques paraissent s'imposer, qui sont suscitées par la lecture du message: premièrement, l'introduction d'armes sophistiquées et dont la munition est fort chère nécessite le recours de plus en plus fréquent à des installations de simulation qui rendent nécessaire, à leur tour, la construction de bâtiments adaptés. C'est d'ailleurs aussi une conséquence de l'exiguïté du territoire suisse et de la difficulté d'y trouver des places de tir adéquates.

Deuxièmement, nos jeunes concitoyens ont le droit – c'est l'avis de votre commission comme celui du Conseil fédéral – de bénéficier de conditions de logement et d'instruction qui correspondent aux exigences de la fin du XXe siècle. Il ne s'agit bien entendu pas de créer une hôtellerie à trois, quatre ou cinq étoiles, mais on ne peut pas motiver les jeunes pour la défense nationale si les moyens techniques que l'on met à leur disposition doivent faire l'objet d'une instruction dans des conditions et avec des moyens archaïques. La construction ou reconstruction de la caserne de Neuchlen-Anschwilen ou Herisau-Gossau, sur laquelle nous reviendrons, comme celle d'Airolo, les installations pour simulation de tir Stinger et DCA légère 20 mm de Payerne et le remplacement des baraques folkloriques de l'école de pilotes de Sion obéissent indiscutablement à ces priorités.

Les ouvrages de renforcement du terrain représentent 33 pour cent ou 118,2 millions de francs. Ces montants sont donc directement consacrés à l'amélioration de la puissance combattive de notre armée. 20 pour cent ou 71,96 millions serviront à des ouvrages de logistique, essentiellement des agrandissements et la rénovation de l'arsenal fédéral de Sursee. Mais, conformément à ce qui a été dit tout à l'heure, l'accent principal a été mis sur les constructions en faveur de l'instruction, soit 135 millions de francs (38 pour cent) du crédit d'engagement. Enfin, 9,3 millions constituent des crédits supplémentaires pour des objets acceptés antérieurement.

Comme chaque année et conformément à son règlement, votre commission a procédé, par sous-commissions, à la visite d'un certain nombre d'objets. Ces visites sont importantes, car elles permettent aux membres de la Commission des affaires militaires de voir *in situ* de quoi il s'agit. La sous-commission, qui s'est occupée des casernes de Neuchlen-Anschwilen sur la place d'armes d'Herisau-Gossau, a eu aussi l'occasion de s'entretenir avec des partisans et des adversaires de cette place.

La Commission des affaires militaires s'est livrée à un long débat d'entrée en matière après qu'un de ses membres a proposé le renvoi au Conseil fédéral. Cette proposition sera reprise tout à l'heure comme amendement de minorité dont les motifs vous seront exposés par notre collègue Bodenmann. La discussion a porté sur les modifications survenues cette dernière année, notamment dans les pays de l'Est, sur les discussions intensives concernant le désarmement et sur l'influence de ces événements ainsi que sur la conception de la menace sur la politique de sécurité de la Suisse. On s'est demandé également quelles conséquences il y avait lieu de tirer de la votation du 26 novembre et, enfin, si le Programme des constructions de 1990 est bien compatible avec la réforme de l'armée 1995. Il s'agit évidemment d'éviter que des constructions programmées, mais pas encore exécutées, deviennent inutiles avec le plan «Armée 1995».

Pour la majorité de la commission, un programme de constructions ne peut être qu'un programme à longue échéance, qui ne saurait être modifié au gré de circonstances trop récentes pour que l'on puisse juger de leur permanence. Au surplus, pour l'essentiel, les constructions pour lesquelles les crédits d'ouvrages vous sont demandés sont nécessaires, dès le moment où, conformément à la volonté populaire exprimée le 26 novembre, la Suisse doit continuer à avoir une armée. La majorité de la commission est également d'avis que

la discussion générale sur la direction que doit prendre notre défense nationale doit avoir lieu à propos du rapport du Conseil fédéral sur notre politique de sécurité et non à propos d'un message sur les constructions, qui se prête mal à des modifications fondamentales, si tant est que celles-ci soient nécessaires. Il tombe en effet sous le sens que ni l'amélioration des conditions de logements pour les services d'instruction, ni celles des conditions d'instruction proprement dites ne sauraient être remises en cause par la situation internationale ou par «Armée 95». Il en va pour l'essentiel de même, c'est du moins l'avis de la majorité, pour les constructions de la logistique ou celles touchant au renforcement du terrain, comme d'ailleurs pour les dépenses tendant à la protection de l'environnement. L'entrée en matière a été dès lors votée par 16 voix contre 4.

Deux objets ont été le sujet de discussions nourries: un crédit de 56,5 millions pour l'infrastructure de commandement et le crédit pour la caserne de Herisau-Gossau de 49,3 millions. Les constructions pour les structures de commandement concernent le commandement supérieur. Ces installations sont strictement secrètes. Seule la Délégation des finances a le droit de connaître les coûts d'exécution. La procédure paraît conforme aux prescriptions sur l'exploitation des finances, nous y reviendrons dans la discussion par articles. Il appartient au Conseil fédéral de décider quels renseignements complémentaires il entend encore donner.

Une minorité de la Commission des affaires militaires estime qu'elle ne peut pas voter de crédits sur la base de renseignements qu'elle estime insuffisants. Elle s'est élevée contre le manque de confiance du Conseil fédéral à l'égard de la commission. Son point de vue sera développé dans la discussion de détail.

La majorité, au contraire, estime qu'il y a lieu de faire confiance au Conseil fédéral sur la base des renseignements, à vrai dire succincts, qui lui sont fournis. Mais la commission a demandé au Conseil fédéral de réexaminer la question du secret à l'égard de la Commission des affaires militaires.

Une très large discussion s'est engagée sur le projet de Neuchâten-Anschwilten. Rappelons que le 6 octobre 1989, les Chambres ont voté un crédit de 34,5 millions pour la première étape, cette fois c'est un crédit d'engagement de 49,3 millions qui est demandé. Une troisième étape devrait suivre pour la construction d'une halle à usages multiples, qui serait ouverte aussi aux civils, d'un emplacement pour combats de localités et d'un stand de tir à courte distance. Au moment où la commission a siégé, on prévoyait pour cette tranche un montant de 12,97 millions; dans un message complémentaire, le Conseil fédéral nous informe qu'un montant de 11,65 millions serait suffisant. La commission a été saisie des quatre propositions que vous retrouverez d'ailleurs dans la discussion: une proposition de renvoi, une proposition de rejet, une proposition d'ajouter au crédit 13 millions pour la troisième étape, une proposition d'autoriser le Conseil fédéral à suspendre les travaux pour consulter les populations concernées.

La proposition de renvoi a été repoussée par 11 voix contre 4 et 3 abstentions. La proposition d'ajouter 13 millions pour joindre la troisième étape à la deuxième a été acceptée à la majorité; la proposition de suspension a été rejetée par 11 voix contre 6; enfin, le crédit a été adopté par 11 voix contre 5. Nous y reviendrons à l'occasion de la discussion de détail.

L'agrandissement des boxes de l'aérodrome de Sion, qui fait l'objet de la demande de crédit complémentaire No 341 a aussi donné lieu à discussion. L'agrandissement est nécessaire pour pouvoir abriter aussi, si cela se révèle nécessaire, des F/A-18. Une proposition de refuser ce crédit a été repoussée par 11 voix contre 5.

En vote final, l'arrêté fédéral a été adopté par 11 voix contre 5. La commission vous recommande dès lors d'entrer en matière.

Bodenmann, Sprecher der Minderheit: Der Warschauer Pakt zerfällt, Länder wie Polen, Ungarn, die CSSR haben sich faktisch bereits verabschiedet. Die einst im Stechschritt daherkommende DDR wird bald Bestandteil Deutschlands und

wohl auch der Nato sein. Die Sowjetunion wird – wenn nicht alle Anzeichen täuschen – in mehrere Bestandteile zerfallen. Sie muss, will sie wirtschaftlich eine Chance haben, massiv abrüsten.

Wir haben heute zweifellos eine total neue Ausgangslage. Denkbar sind in Europa nur mehr lokal begrenzte militärische Konflikte. Auf der anderen Seite öffnet sich für uns die Möglichkeit, ein System kollektiver Sicherheit in Europa zu schaffen und gleichzeitig die Armeeausgaben zu senken. Glaubt man den Ausführungen unseres Kommissionspräsidenten Feigenwinter, teilt er die Einschätzung, aber die Konsequenzen sind ganz anderer Art.

Wir sind der Meinung, dass wir heute unsere Militärausgaben massiv senken können, schlicht und einfach deshalb, weil wir heute zu viel ausgeben. Wir geben bezogen auf das Bruttosozialprodukt dreimal mehr für die Armee aus als Japan. Wir haben pro Quadratkilometer siebenmal mehr Soldaten, zehnmal mehr Panzer und achtzehnmal mehr Flugzeuge als Oesterreich. Die Zahlen stammen von Herrn Däniker. Dass Sie über Oesterreich lachen, das ist Ihre Art, mit unserem Nachbarn umzugehen. Oesterreich wird von Herrn Maximilian Reimann mit Liechtenstein verglichen, das entspricht in etwa dem Niveau der Debatte. (teilweise Heiterkeit)

Wir müssen die neue Ausgangslage nutzen, um effektiv neue Konzepte und Abrüstungsschritte zu entwickeln. Statt dessen wird uns das EMD im Herbst einen Sicherheitsbericht präsentieren, der praktisch nur vom Denken freisinniger Chefbeamter geprägt ist, ein Sicherheitsbericht, der nichts anderes sein wird als ein philosophisches Dach, ohne die anstehenden Fragen zu beantworten. Gleichzeitig mit diesem Sicherheitsbericht will uns das EMD auch die Botschaft zum F/A-18 bringen und uns vorschlagen, diese Kampfflugzeuge zu beschaffen; sie kosten bereits heute mehr als 100 Millionen Franken. Frühestens Ende 1991 werden wir ein Armeeleitbild haben, das sich die Verantwortlichen im EMD nicht anders vorstellen können als Fortschreibung der «Armee 95», die alles in allem nur ein Aufrüstungsprojekt ist.

Wir stellen im EMD eine schreckliche Unbeweglichkeit fest, welche selbst den CVP-Nationalrat Oehler veranlasst hat, Kostensenkungen bei den Armeeausgaben zu verlangen.

Nichts eignet sich besser als das Bauprogramm des EMD, um jetzt Zeichen zu setzen, und zwar deshalb, weil der Grossteil der beantragten Kredite, die ja vorab für Ausbildungsbauten eingesetzt werden, keine Dringlichkeit besitzen, ganz im Gegenteil. Ein Ueberdenken der Bauausgaben ist um so vordringlicher, als diese Aufgaben nur mit grosser zeitlicher Verzögerung verwirklicht werden.

Dazu kommen einige aktuelle Probleme. Niemand von uns weiss, ob sich hinter den Positionen dieses Bauprogrammes nicht auch Ausgaben für die Una oder die Geheimearmee verstecken. (teilweise Heiterkeit) Ihnen wird das Lachen noch vergehen. Ich möchte den Bundesrat bitten, hier eine formelle Erklärung abzugeben, dass dies in dieser und in den letzten Baubotschaften nicht der Fall war und ist.

Zu Beginn dieser Woche stellte der freisinnige Nationalrat Willy Loretan dem freisinnigen Departementsvorsteher Fragen bezüglich des Baues einer EMD-Strasse in das Gerental. Dieser wird ebenfalls im Rahmen der Baubotschaftskredite abgewickelt. Bundesrat Villiger ging nicht auf die Details ein und behauptete, die Gemeinde sei Bauherrin und für die Bewilligungen zuständig. Wahr ist: Die Gemeinde Obergesteln zahlt keinen roten Rappen an diese Strasse. Sie wird zu 92 Prozent durch das EMD finanziert; der Rest der Gelder wird ausgerechnet einem Fonds der «Glückskette» entnommen. Für den Bau dieser Strasse wie auch anderer EMD-Projekte liegt weder eine Baubewilligung noch ein bewilligtes Strassenprojekt vor. Der Wald wird ohne Bewilligung gerodet, Flussufer werden ohne Bewilligung zerstört. Damit diese Arbeiten über die Bühne gehen, wird eine Gemeinde als Strohhalm vorgeschoben.

Noch schlimmer ist die Informationspolitik des EMD gegenüber der Kommission, wenn es etwa um das Problem der Führungsinfrastruktur geht, welche ebenfalls Bestandteil dieser Vorlage bildet. Hier stellte sich selbst Kommissionspräsident Feigenwinter schützend vor das EMD, um der Kommissions-

minderheit selbst minimale Informationen vorzuenthalten. Wir werden im Verlaufe der heutigen Debatte noch ausführlicher über diesen Fall sprechen. Das EMD mit seiner Informationspolitik ist ein Staat im Staat, welcher Veränderungen nicht wahrnimmt. Aufgrund einer repräsentativen Umfrage sind 83 Prozent der Bevölkerung gegen den Bau neuer Waffenplätze. Trotzdem soll Neuchlen-Anschwilen nicht nur programmgemäss gebaut werden, nein, der entsprechende Kredit soll sogar aufgestockt, der Bau beschleunigt werden! Man will hier offensichtlich ein Zeichen setzen gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung. Die Mehrheit der Bevölkerung möchte auch beim EMD massiv sparen, die Ausgaben angesichts der veränderten Bedrohungslage senken. Die bürgerlichen Parteien wollen nach wie vor nichts davon wissen. Bereits heute hat die Hälfte der Bevölkerung den berechtigten Eindruck, dass die Schweiz in Sachen Abrüstung europäisch zu wenig tut. Wer sich die Details dieser Vorlage anschaut, und wir werden sie noch ausführlich diskutieren, stellt unschwer fest, dass das EMD weder die laufenden Veränderungen der militärischen Grosswetterlage noch das diese Veränderungen spiegelnde Bewusstsein und entsprechende Stimmungen in der Bevölkerung wahrnimmt. Wir beschliessen hier eine Grosswäscherei, obwohl wir nicht wissen, ob wir diese künftig im Rahmen massiv reduzierter Mannschaftsbestände an diesem Ort wirklich noch so brauchen. Vor der Kommission betonte der Generalstabschef, man könne in einem solchen Fall halt notfalls auch die private Wäsche der Soldaten in dieser Grosswäscherei waschen.

Wir beschliessen hier die Erweiterung der Hangars in Sitten, damit neu auch die F/A-18 Kampfflugzeuge darin Platz haben, obwohl der Flugplatz Sitten unmittelbar am Rand eines Wohngebietes liegt und obwohl drei Viertel der Bevölkerung gegen den Kauf dieses Flugzeuges sind. Wir beschliessen hier den Ausbau eines neuen Waffenplatzes, obwohl wir in den kommenden Jahren die Mannschaftsbestände auf vermutlich 150 000 bis maximal 200 000 Mann senken müssen, nicht weil dies die Mehrheit hier im Saal will, sondern weil uns die laufenden Abrüstungsverhandlungen dazu zwingen werden.

Hier war nun beachtlich, was die beiden Kommissionssprecher ausgeführt haben. Sie haben immer wieder betont, dass die Ausbildungsplätze unabhängig von den künftigen Entwicklungen ausgebaut werden müssen. Ich frage Sie: Wenn wir die Mannschaftsbestände massiv reduzieren, hat das nicht auch eine Auswirkung auf die Zahl der Ausbildungsplätze? Der Kommissionspräsident schüttelt den Kopf. Ich glaube, das illustriert die Logik. CVP und SVP fordern eine Denkpause beim F/A-18. Sie möchten von seiten des EMD einen umfassenden Sicherheitsbericht erhalten, der aufzeigt, was wir in Zukunft allenfalls noch brauchen und was nicht. Das EMD seinerseits ist aber nicht gewillt, einen solchen umfassenden Sicherheitsbericht zu erstatten. Es gibt keinen Grund, warum wir das gleiche Prinzip, das die Mehrheit im Saal beim F/A-18 anwenden will, nicht auch auf das Bauprogramm des Bundes anwenden sollen. Nur wenn wir das EMD zwingen, wird sich dieser schwerfällige und träge Apparat in Sachen Abrüstung Gedanken machen und für uns einen Sicherheitsbericht verfassen, der nicht nur eine philosophische Dach ist, sondern auch konkrete Abrüstungsschritte beinhaltet.

Deshalb beantragt Ihnen die SP-Fraktion Rückweisung dieser Botschaft bis zum Vorliegen des entsprechenden Sicherheitsberichtes samt anschliessender Diskussion hier im Rat.

Günter: Unsere Fraktion befürwortet Eintreten auf das Gesamtpaket mit zwei Ausnahmen, nämlich das Geschäft 211, Geländeverstärkungen und Führungsinfrastruktur, und das Geschäft 232, Kaserne Herisau-Gossau, Waffenplatz Neuchlen-Anschwilen. Beim Geschäft Führungsinfrastruktur werden wir uns mehrheitlich der Stimme enthalten oder dagegen stimmen, da wir weder während der Entstehung noch zur Beurteilung dieses Geschäftes beigezogen wurden. Die erst Ende der ersten Sessionswoche nachgelieferten Informationen haben erst recht zur Verwirrung und nicht etwa zur Klärung beigetragen. Grundsätzlich ist unsere Fraktion der Meinung, dass ein Geschäft von demjenigen dem Rat vorgelegt werden soll, der darüber orientiert ist und hier eine kompetente Meinung ab-

geben kann. Wenn dies aus mir unerfindlichen Gründen die Finanzdelegation ist, soll diese dafür geradestehen. Ich erinnere hier nur daran, dass in diesem Gremium nur die SP, die CVP und die FDP vertreten sind. Wir von der LdU/EVP-Fraktion haben im heiklen Bereich Militär und vor allem in dessen Geheimbereich nicht genug Vertrauen, um blind darauf zu vertrauen, die Verantwortlichen täten dann schon das Richtige, auch wenn wir nicht genau wissen, was.

Zudem hat sich nun bei den letzten Abklärungen herausgestellt, dass vom Riesenaufwand, der da getrieben wird, ein Grossteil möglicherweise gar nicht ins Militärbudget gehört, da er zivilen Zwecken dient und unter anderem auch für Katastrophenfälle geplant sein dürfte. Das Katastrophenszenario dürfte, so vermute ich, etwa identisch sein mit dem Gau, dem grössten anzunehmenden Unfall im Atomkraftwerk Mühleberg, vor den Toren Berns und damit vor unserer Hauptstadt. Dann aber sind die Kosten hier sowieso am falschen Platz; dann gehören sie ins EVED oder noch besser auf die Rechnung der BKW, weil diese sie mit ihrem Atomkraftwerk ja mitverursachen.

Der zweite Punkt, der uns Mühe macht, ist der Waffenplatz Neuchlen-Anschwilen, die zweite Tranche, die den Kasernenbau Herisau-Gossau betrifft. Unserer Fraktion scheint es falsch, dass die Polarisierung nun von beiden Seiten geschürt wird, dass Objektivität und Sachlichkeit dabei auf der Strecke bleiben und das Ganze als Politprestige und Politcabaret enden soll, bei dem die bürgerliche Mehrheit schliesslich ihre Stimmkraft einsetzt anstelle von Argumenten.

Der Antrag, nun nicht nur die zweite Tranche zu beschliessen, sondern demonstrativ gerade auch noch die dritte, kam typischerweise von freisinniger Seite. Man hat den Eindruck, es gehe jetzt nach dem Motto «Nun erst recht, jetzt zeigen wir, wer der Stärkere ist». Wir glauben, dass das keine gute Entwicklung ist.

Die Verhältnisse in Europa haben sich in den letzten achtzehn Monaten stark verändert. Die Völker Europas sind auch heute noch bedroht, nur sind die Gefahren anders geworden: Umweltzerstörung, Aids, Drogen, Atom, Nord-Süd-Ungleichgewicht und -Ungerechtigkeit mit Minderheiten sind Bedrohungen, die genau so tödlich sein können wie Kriege und die wahrscheinlich auch, alles gerechnet, mehr Leute umbringen, als die letzten Kriege insgesamt umgebracht haben. Die klassischen militärischen Sicherheitsbedrohungen haben aber derart abgenommen, dass die Vorwarnzeit der Schweiz in einem möglichen Konflikt nicht mehr Wochen, sondern Monate bis Jahre beträgt. All das muss doch irgendwelche Auswirkungen auf unsere Politik haben. Unsere Staatsausgaben müssen doch für die Abwehr wirklicher Gefahren eingesetzt werden, nicht für die Abwehr möglicher, hypothetischer und unwahrscheinlicher Gefahren. Daher wird die gegenwärtige Entwicklung im militärischen Bereich zu Ausgabenkürzungen führen müssen.

Alle laufenden Ausgaben, besonders die irreversiblen Bauinvestitionen, müssen sorgfältig neu evaluiert werden. Kürzere Wehrdienstzeiten gehören dazu – das hat Auswirkungen auf den Kasernenbau –, auch bei den Unteroffizieren und Offizieren muss die Dienstzeit massiv heruntergesetzt werden. Bessere Einteilung bei der Aushebung muss sodann dazu führen, dass die Ausgehobenen dort eingesetzt werden, wo sie aus dem zivilen Leben schon Kenntnisse haben. Die Frage der Dimension neuer Kasernen ist damit gestellt, und damit wäre ich konkret beim Thema Neuchlen-Anschwilen. Für die LdU/EVP-Fraktion ist es unerklärlich, dass man ins Grüne hinaus eine Grossanlage bauen will, wie kein Privater und keine Industrie das dürften. Wir werden beim konkreten Antrag darauf eingehen, aber unsere Fraktion wird sicher den Minderheitsantrag auf Rückweisung unterstützen.

Wir erwarten von Ihnen, Herr Bundesrat, dass Sie die nächste Budgetvorlage nicht nur einfrieren, sondern deutlich kürzen. Die Redimensionierung beim Budget muss für das nächste Jahr mindestens 10 Prozent betragen. Das sollte auch bei einem Betrieb wie dem EMD möglich sein. Ich stelle fest, dass wir dieses Jahr aufgestockt haben. Nicht Kürzung an dem, was Sie möchten, meine ich, sondern Kürzung an dem, was wir ausgegeben haben.

Die Vorlage «Armee 95» ist nicht das Dringende, sondern das Nachdenken, wie unsere Wünsche an eine sich entwickelnde europäische Sicherheitspolitik aussehen müssten. Wir müssten in der Schweiz darüber nachdenken, wie eine Sicherheitspolitik, die zumindest Mitteleuropa, die näheren Staaten des Ostens, inklusive Jugoslawien und die baltischen Staaten, die CSFR, Ungarn und die DDR miteinbezieht, für unser Land aussehen müsste, welches unsere Zielvorstellungen sind. Darüber müssten wir heute eigentlich diskutieren, und nicht in erster Linie darüber, welche Bunker wir bauen und welche Waffen wir beschaffen wollen.

Herr Bundesrat Villiger hat gesagt, das EMD sei ein schwerfälliges Schiff, das mühsam zu wenden sei. Als Konzession daran treten wir auf diese Vorlage ein, mit Ausnahme der zwei erwähnten Positionen, der Führungsinfrastruktur, die uns zu gross ist und über die wir zu wenig wissen, und des Kasernenbaus, den wir zurückweisen möchten.

Begrüssung – Bienvenue

Le président: J'aimerais saluer à la tribune des diplomates les membres du Réseau international de néologie et de terminologie qui tiennent leur cinquième réunion en Suisse à l'invitation de la Chancellerie fédérale. A défaut d'un temps ensoleillé, je leur souhaite des journées fructueuses et un agréable séjour tout de même. (*Applaudissements*)

M. Jeanneret: Le groupe libéral adhère sans réserve aux propositions du Conseil fédéral et de la majorité de la commission, en se concentrant sur l'essentiel, l'attaque sur la place d'armes d'Hérisau-Gossau, dont nous ne parlerons pas maintenant puisqu'il y aura un débat en la matière et le renvoi au Conseil fédéral selon la proposition de M. Bodenmann.

Deux événements, depuis que nous traitions la dernière fois, l'an dernier, un tel rapport, ont surgi qui sont évoqués par d'autres, la transformation de l'Europe de l'Est et la votation du 26 novembre.

Pour nous, ces deux événements n'ont aucune conséquence quant au projet présenté, qui est un programme annuel dans le cadre d'une planification à long terme et d'un plan directeur, qui définit des priorités, et qui est un plan modeste, réaliste, souple, déjà adapté à l'évolution d'une situation comme l'a rappelé le président de la commission et le rapporteur de langue française.

Si l'on veut faire du social, que l'on en fasse aussi dans le domaine militaire, que l'on s'occupe des recrues, de leur confort – je crois qu'on peut utiliser ce terme – c'est ainsi que nous aurons une armée de milice, ce que le peuple suisse a voulu dans sa très grande majorité, c'est-à-dire des soldats qui consacrent une partie de leur temps au service du pays. Ils doivent donc bénéficier de conditions de qualité et nous ne comprenons pas comment certains milieux, qui ne cessent de parler du social, ne sont pas les premiers à souhaiter que nos soldats puissent faire leur service militaire dans des conditions raisonnables. Ce message s'est adapté à l'évolution, il fait une fois de plus – et nous l'avons souligné plusieurs fois à cette tribune – un effort énorme – de 8 millions – dans le domaine de l'environnement et l'on invoque la défense de la nature pratiquement à chaque page du message.

Monsieur Bodenmann, vous n'aimez pas que nous riions quelque peu des propos que vous tenez à cette tribune. En ce qui concerne les considérations savantes que vous avez faites sur l'Europe de l'Est, qui sont peut-être de la science-fiction, nous vous en laissons la responsabilité, quant à nous – nous ne sommes pas savants – nous ne pouvons pas savoir ce que deviendra l'Europe de l'Est et l'URSS. Nous disons simplement: en quoi, Monsieur Bodenmann, ce modeste projet mettrait-il en cause un système de sécurité collective en Europe? En quoi ce modeste projet serait-il une agression de la Suisse

à une politique de paix en Europe? Il suffit d'y réfléchir, de poser la question pour se rendre compte qu'elle est négative et que ce projet raisonnable et réaliste n'est pas une atteinte de la Suisse à la politique de paix voulue en Europe. Ensuite vous dites que nous devons économiser parce que nous dépensons beaucoup trop.

Nous venons d'adopter les comptes de 1989 et dans ces derniers, une fois de plus, la défense nationale est largement au-dessous de la prévoyance sociale – ce qui a été aussi le cas ces dernières années, soit 2 pour cent pour 1989. Si vous prenez la part de la défense nationale dans l'ensemble des dépenses de la Confédération, des cantons et des communes, le 7,4 pour cent se situe après l'enseignement et la recherche, après la prévoyance sociale, après la santé, après les communications et l'énergie. Ne venez donc pas dire que le Conseil fédéral et les Chambres ne tiennent pas compte de la situation pour adapter les dépenses militaires.

Enfin, en ce qui concerne le rapport de sécurité, vous dites, Monsieur Bodenmann, que c'est le Département militaire fédéral ainsi que des fonctionnaires radicaux qui le préparent. Vous avez peu de confiance dans le Conseil fédéral, vous avez peu de confiance dans le chef du Département fédéral des affaires étrangères, Monsieur Felber, votre «compatriote» de parti – si c'est mon compatriote de canton, c'est votre compatriote de parti – croyez-vous que ce département, croyez-vous que M. Felber va laisser passer un rapport fondamental sur notre politique de sécurité sans donner son avis? Vous n'avez donc aucune confiance dans le rôle que ce département peut jouer. A cette tribune même, j'ai dit au nom de la Commission de gestion que la collaboration entre le Département des affaires étrangères et les autres départements, notamment le Département militaire, était une collaboration qui fonctionnait parfaitement. Non, le danger ne s'apprécie pas quand il se présente, c'est-à-dire trop tard, le danger se prévient. Ce que nous propose le Conseil fédéral est raisonnable et modeste, nous vous engageons à le voter sans réserve.

Hess Otto: Nachdem in der Eintretensdebatte über den Waffenplatz Herisau-Gossau nicht gesprochen werden darf, werde ich mich sehr kurz halten und die Meinung der SVP zu dieser Frage in der Detailberatung vorbringen.

Mit der Baubotschaft 1990 unterbreitet der Bundesrat ein Bauprogramm mit Verpflichtungskrediten von 348,41 Millionen Franken. Wird die dritte Ausbautetappe des Waffenplatzes Herisau-Gossau vorgezogen, so beläuft sich der Kredit auf eine Summe von 360,06 Millionen Franken, dazu kommen die Zusatzkredite früher bewilligter Vorhaben.

Die SVP steht einstimmig für diese Baubotschaft ein und lehnt sämtliche auf der Fahne aufgeführten Minderheitsanträge aus Ueberzeugung ab. Insbesondere begrüssen wir das Vorziehen der dritten Ausbautetappe beim Kasernenbau Neuchlen-Anschwilen, damit die Ersatzbaute zügig vorangetrieben werden kann und das Ganze nicht in eine endlose Diskussion ausmündet.

Das Schwergewicht dieser Vorlage, annähernd 40 Prozent des Verpflichtungskredites, liegt bei den Ausbildungsbauten. Es geht vor allem um den Ersatz von veralteten, nicht mehr sanierungswürdigen Unterkünften und Theorieräumen. Die SVP begrüsst die Verschiebung der Stossrichtung im Bauprogramm 90 von den Kampf- und Führungsbauten zu den Bauten, die der Ausbildung dienen. Wenn wir bei der Armee sparen wollen und müssen, weil das Volk nicht mehr bereit ist, die Rüstungsausgaben und Ausgaben für Bauten in bisheriger Höhe zu akzeptieren, so dürfen wir das ganz bestimmt nicht bei der Ausbildung tun. Eine Motivation der Jungen – derjenigen, die auch künftig unsere Milizarmee mittragen sollen und werden – kann nur erfolgen, wenn die Ausbildung effizient gestaftet wird, ohne Leerläufe, ohne lange Transportwege, wo viel Zeit verbummelt wird. Sie kann nur erreicht werden, wenn den Rekruten und Soldaten in ihren Unterkünften anständige Bedingungen für Unterbringung, sanitäre Einrichtungen und Aufenthalt geboten werden. Dazu muss das Parlament die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen.

Wenn die SVP geschlossen hinter diesem Bauprogramm steht, so heisst das nicht, dass wir das veränderte Umfeld be-

züglich Bedrohungslage nicht zur Kenntnis genommen hätten. Unsere Fraktion hat am 5. Juni 1990 eine Motion zur militärischen Landesverteidigung eingereicht und darin gefordert, dass angesichts des veränderten sicherheitspolitischen Umfeldes das bestehende Konzept unserer militärischen Landesverteidigung zu überprüfen und, wenn notwendig, den neuen Gegebenheiten anzupassen ist. Doch das vorliegende Bauprogramm hat keine präjudizierenden Auswirkungen auf die «Armee 95» und weitere, allfällig notwendige Anpassungen. Objekte, die in dieser Beziehung fragwürdig sind, wurden zurückgestellt. Herr Bodenmann, wenn die Armee zahlenmässig reduziert werden soll, so vollzieht sich das bei den ältesten Jahrgängen der Wehrpflichtigen und ganz sicher nicht bei den Zwanzigjährigen, so dass Investitionen in die Ausbildung auch im Hinblick auf eine zahlenmässige Redimensionierung der Armee ohne Bedenken bewilligt werden können.

Die SVP bekämpft den Antrag Bodenmann ganz entschieden. Die Armee-Abstimmung hat eindeutig zutage gebracht, dass eine überwiegende Mehrheit eine Armee will und dazu steht. Ich meine, dass eine Armee-Abstimmung einen grösseren Aussagewert hat als solche fragwürdigen Umfragen. Es geht nicht an, dass wir jede Militärvorlage in Frage stellen, wenn die notwendigen Kredite ausgewiesen sind. In der Schweiz befinden wir uns auf der Ebene einer reinen Verteidigungsarmee. Wenn im Osten auch allerhand in Bewegung geraten ist, so ist die Weltlage noch lange nicht sicher geworden. Bis andere Armeen sich auf unseren Stand redimensioniert haben, ist es noch ein weiter Weg. Es sind noch immer gewaltige Waffenpotentiale vorhanden. Es liegt in der Natur der Sache, dass man die Ausgestaltung der Armee von der momentanen Weltlage abhängig macht und dabei die dringend notwendige Langzeitstrategie vergisst. Es ist aber eine Illusion zu glauben, wegen der Vorkommnisse des letzten Dreivierteljahres wäre der Weltfrieden schon ausgebrochen. Die angebehrten Kredite sind notwendig, weil sie Bauvorhaben betreffen, die auch bei einer redimensionierten Armee notwendig sind.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der SVP, auf die Vorlage einzutreten, den Mehrheitsanträgen zuzustimmen und vor allem den Minderheitsantrag Bodenmann abzulehnen.

M. Rebeaud: Le groupe écologiste n'a pas cru reconnaître dans ce programme de constructions une occasion idoine pour refaire le débat sur l'initiative «Pour une Suisse sans armée». L'objet est trop médiocre pour justifier les grands développements exprimés de part et d'autre.

La plupart des crédits qui nous sont présentés peuvent être discutés du point de vue de leur opportunité. Le groupe écologiste entre en matière parce que l'inverse signifierait refuser l'ensemble des travaux dont certains sont utiles et d'autres peut-être nécessaires. Ceux qui ont visité les installations des écoles de recrues de pilotes ont pu prendre note de la nécessité de libérer certains crédits avant que les toits ne tombent sur la tête des gens.

Nous n'approuvons pas tous les projets sans réserves, comme le souhaiterait M. Jeanneret. Un certain nombre d'entre eux appellent quelques réflexions, voire des oppositions. Comme la règle du jeu interdit d'aborder Herisau-Gossau maintenant – j'y reviendrai tout à l'heure – je mentionne tout de même deux points à propos desquels j'aimerais que le Conseil fédéral nous donne quelques éclaircissements quant à sa politique et quant à son interprétation de la loi.

Le premier concerne l'aérodrome de Sion. Tout à l'heure, nous voterons sur un crédit complémentaire pour construire six boxes, destinés à recevoir des avions, qui appartiennent à un groupe de douze dont six sont déjà édifiés. La plus grande partie du crédit complémentaire est destinée à construire des boxes plus grands que ceux qui avaient été prévus à l'origine, parce qu'on veut pouvoir y faire entrer les F/A-18. Le Département militaire fédéral se sent suffisamment sûr d'obtenir l'approbation de ce Parlement pour l'acquisition de ces derniers pour, à l'avance, dimensionner ces boxes à leur grandeur.

Alors, si je n'ai pas voulu entrer dans un débat idéologique, fondamental et stratégique en ce moment, je me réserve néanmoins de le faire pour l'achat du F/A-18. J'espère bien que la nouvelle conception de la défense en train d'être élaborée par

le Conseil fédéral mettra en question la nécessité de l'acquisition des F/A-18 et donnera d'autres idées sur les développements possibles de notre système de défense. Ma question au Conseil fédéral est la suivante: Ne craignez-vous pas de donner l'impression de préjuger la décision du Parlement?

La deuxième question porte sur les compétences de la Commission des affaires militaires. 56 millions sont prévus – vous les voterez probablement tout à l'heure – pour l'infrastructure de commandement. Evidemment, les membres de la commission, puisque c'est leur travail, ont voulu savoir ce que cela représentait. On leur a donné quelques vagues explications. Il s'agit de creuser des abris, probablement à l'intérieur du pays, pour permettre à quelques conseillers d'Etat et quelques autorités de se mettre en lieu sûr en cas de bombardement ou de danger.

Le lieu où se construisent ces installations est tellement secret que des membres de la Commission des finances peuvent y avoir accès, mais ceux de la Commission des affaires militaires n'ont pas le droit de connaître l'emplacement. Si l'on admet que les membres de la Commission des affaires militaires sont dignes de confiance dans le sens où ils respecteront le secret dans les affaires où il leur est imposé, il n'y a aucune raison de faire ce genre de discrimination, même si les règlements et les lois autorisent le Conseil fédéral à agir de cette manière. M. le conseiller fédéral peut-il nous expliquer clairement s'il y a, du point de vue de la défense nationale et de la sécurité du pays, moins de risques à dévoiler ces lieux ultra-secrets aux membres de la Commission des finances plutôt qu'à ceux de la Commission des affaires militaires? Si tel était le cas, il faudrait peut-être créer un groupe spécial chargé de garder secrets des endroits que le parlementaire commun, même engagé par le serment, n'a pas le droit de connaître.

En conclusion, nous rappelons que nous entrons en matière et que nous ne voyons pas, à propos de cet objet, même si nous partageons les inquiétudes et les interrogations de M. Bodenmann, l'occasion d'entreprendre un débat fondamental. Dans la discussion, nous nous réservons la possibilité d'insister sur les aspects politiques actuels, c'est-à-dire la place d'armes d'Herisau-Gossau et la question de la décision préjudicielle concernant l'éventuel achat du F/A-18.

Hänggi: Die Christlichdemokratische Volkspartei unterstützt einstimmig die Anträge des Bundesrates, also der Kommissionmehrheit, und lehnt alle Minderheitsanträge entschieden ab. Die Schweiz ist keine Abbruch-GmbH und auch kein Selbstbedienungsladen. Deshalb kann es jetzt nicht nach dem Willen der Minderheit gehen, welche diese Kredite ganz oder teilweise zurückweist. Es entspricht einem schlechten politischen Stil, wenn auf diese Weise versucht wird, Volksentscheide zu umgehen. Der Hinweis auf den zu erwartenden Sicherheitsbericht kann wohl nicht als Begründung akzeptiert werden. Mit der Rückweisung werden diese Probleme nicht gelöst. Erwarten Sie bitte auch keine Wunder von diesem Sicherheitsbericht. Es war wohl in den letzten 20 Jahren noch nie so schwer, eine Lagebeurteilung vorzunehmen, wie dies heute der Fall ist. Die Verhältnisse im Osten haben zwar einiges an Turbulenz verloren, nicht aber an Brisanz. Die Tagesereignisse beweisen es. Deshalb wird ein Sicherheitsbericht uns zwar die neuen Bedürfnisse besser und begründeter aufzeigen können, er wird uns aber mit Sicherheit nicht von der grundsätzlichen Landesverteidigung dispensieren können.

Der Sprecher der SP hat in salopper Art und Weise die Ereignisse im Osten so kommentiert, als ob es seine Verdienste oder diejenigen seiner Partei wären. Bei aller Aktualität des Ostens sollten wir aber bei unseren Überlegungen auch die weltweiten Krisenherde nicht aus den Augen verlieren. Die CVP steht zu unserer Armee, im Wissen darum, dass diese reorganisiert werden muss. Die «Armee 95» wird kleiner, schlagkräftiger sein, sie wird besser ausgebildet sein müssen und auch den allgemeinen Lebensgewohnheiten in unserem Lande Rechnung tragen müssen. Das heisst: Die Armee braucht zeitgemässe Unterkünfte und effiziente Ausbildungsplätze für unsere Rekruten und Soldaten. Auch bei einer verkleinerten Armee haben diese Bedürfnisse erste Priorität;

denn die Verminderung der Wehrpflichtdauer bedeutet nicht weniger Rekruten und damit weniger Auszubildende.

Der Kasernenneubau Neuchlen-Anschwilten ist deshalb auch kein neues Projekt, wie es immer wieder behauptet wird, sondern ein Ersatz für die Kaserne St. Gallen. Aber darauf werden wir noch speziell zu sprechen kommen. Die Planungsarbeiten dafür laufen ja bekanntlich seit 1979 und haben alle, aber auch wirklich alle rechtsstaatlichen Instanzen und Vernehmlassungen durchlaufen. Aus opportunistischen Gründen jetzt dagegen zu sein, entspricht jedenfalls nicht meinem Verständnis von Demokratie.

Die CVP unterstützt deshalb auch den Kredit für die dritte Bauetappe von etwa 13 Millionen Franken für Herisau-Gossau, wie die Kommissionsmehrheit ihn Ihnen vorschlägt.

Der Minderheitsantrag, eine Konsultativabstimmung über diesen Waffenplatz durchzuführen, entspricht einer Selbstbedienungsmentalität, und es kann ihm auch aus staatspolitischen Gründen nicht zugestimmt werden. Da würde das Sankt-Florians-Prinzip geradezu Urständ feiern.

Die Rückweisung des gesamten Projektes an den Bundesrat ist ebenfalls abzulehnen, weil sowohl Standort- wie auch Bedürfnisfragen eingehend studiert wurden: Objektiv kann eine nochmalige Ueberprüfung zu keinem anderen Resultat führen.

Für die Führungsinfrastruktur des Bundes ist eine weitere Tranche von 56 Millionen Franken vorgesehen. Hier stellt sich in der Tat für die Zukunft die Frage, ob ein solcher Kredit das Militärbudget belasten muss und soll oder ob nicht das Bewilligungsverfahren selber geändert werden sollte, handelt es sich hier doch eher um ein ziviles Bedürfnis des Bundesrates. Das Verfahren entspricht aber den gesetzlichen Grundlagen und der bisherigen Usanz. Wir haben deshalb keinen Grund, der empfehlenden Finanzdelegation und dem Ausschuss der Militärkommission zu misstrauen.

Ich fasse die positive Stellungnahme der CVP-Fraktion wie folgt zusammen:

1. Die CVP befürwortet den Totalkredit von 358 Millionen Franken plus die 13 Millionen Franken für die dritte und abschliessende Bauetappe auf dem Waffenplatz Herisau-Gossau.
2. Wir begrüssen die Trendwende und neue Prioritätenordnung des EMD, vorrangig in die Ausbildung und in die Infrastruktur zu investieren.
3. Die Tatsache, dass die gesamte Objektsumme dieses Bauprogramms deutlich tiefer als diejenige der vorgängigen Jahre liegt, betrachten wir ebenfalls als Tatbeweis, dass das EMD die Ausgaben reduzieren will.
4. Dem Umweltschutzanliegen wird mit diesem Bauprogramm im Rahmen unserer gesetzlichen Bestimmungen voll Rechnung getragen. Noch vor dem Inkrafttreten der UVP-Verordnung wurde z. B. im Falle Neuchlen-Anschwilten eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt, deren Empfehlungen voll berücksichtigt wurden. In der Detailprojektierung kann noch weiter maximiert werden, wozu nach Angaben von Herrn Bundesrat Villiger auch noch Landschaftsspezialisten beigezogen werden. Das Waffenplatzgelände soll in Zukunft zum Teil nur noch extensiv bewirtschaftet werden. Die Beispiele Thun, Frauenfeld, Reppischtal und andere belegen eindrücklich, dass eine militärische Nutzung den naturschützerischen Anliegen oft näher kommt als die Bewirtschaftung. Letzteres kann jetzt auch in Rothenthurm festgestellt werden.
5. Ich erinnere Sie daran, dass es sich bei dieser Vorlage um 20 Verpflichtungskredite und um fünf Zusatzkredite zu früher bewilligten Projekten handelt.
6. Das vorliegende Bauprogramm hat keinerlei präjudizierende Wirkung auf die «Armee 95».

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie im Namen der CVP, auf das Geschäft einzutreten, die Anträge des Bundesrates und der Kommissionsmehrheit zu unterstützen und sämtliche Minderheitsanträge abzulehnen.

Ledergerber: Kurz zu drei Aspekten der Eintretensdebatte: erstens zur mehrfach gehörten Aussage, alle Objekte in diesem Bauprogramm seien unabhängig von einer zukünftigen Veränderung dieser Armee zu verwirklichen; zweitens zur Aussage, das Volk hätte mit klarer Deutlichkeit entschieden, was es wolle; und drittens noch etwas zum Thema «Armee 95».

Man kann sehr wohl verschiedener Meinung sein, wie man auf die neue Situation reagieren solle. Wir sind der Auffassung, dass heute nur Lösungen getroffen werden können, die sehr flexibel sind, denn es ist wirklich noch nicht absehbar, wie sich unsere Sicherheitspolitik im nächsten Jahrzehnt entwickeln wird. Es ist richtig, dass sich die Verhältnisse noch wesentlich verändern können, dass sehr vieles im Fluss ist und sehr viele Konturen noch nicht sichtbar sind. Es ist aber auch klageworden, dass die in den letzten Jahrzehnten vorherrschende Sicherheitsdoktrin in Europa hinfällig ist; das gilt nicht nur für den Ost-, sondern auch für den Westblock.

Die Einsatzdoktrin der Nato hat sich aufgelöst, sie ist nicht mehr vorhanden und muss zuerst neu erarbeitet werden. Das ganze Konzept der westlichen Abschreckungs- und Abhaltdoktrin mit dem Ersteinsatz der taktischen Nuklearwaffen ist heute hinfällig. Das wirft auch Fragen zur schweizerischen Sicherheitspolitik auf. Die Fragen sind noch nicht gelöst, wir wissen das auch. Wir möchten aber vermeiden, dass sich die ganze Welt verändert und nur das EMD so bleibt, wie es gewesen ist.

Wir wissen, dass Bundesrat Villiger grosse Anstrengungen unternimmt, aber wir meinen, dass auch die Rüstungs- und Bauprogramme nicht so realisiert werden können, wie sie vor Jahren angelegt und beschlossen wurden.

Die Hauptaussage von verschiedenen Rednern lautet: Für alle Varianten einer zukünftigen Sicherheitspolitik können die Bauprogramme, die Sie heute verabschieden sollen, genutzt werden. Dazu gebe ich Ihnen hier ein paar Hinweise. Wir haben einen Posten bezüglich Basis für Festungswachtkorps. Es gibt heute Vorstellungen über einen Umbau der Armee, bei der die Festungswacht eine ganz andere Rolle, nämlich fast keine mehr, spielen würde. Damit sind doch auch die entsprechenden Bauten in Frage zu stellen. Des weiteren werden die Munitionsmagazine, die auf ganz bestimmte Truppen-, Nachschub- und logistische Bedürfnisse ausgerichtet sind, hinfällig, wenn plötzlich eine andere Versorgungsstruktur gewählt würde. Das gleiche gilt für die Führungsbauten. Heute wissen wir, dass das EMD landauf, landab alte Führungsbauten schliessen muss, weil der Unterhalt zu teuer ist und sie heute nichts mehr bringen. Das gleiche kann für die Führungsbauten gelten – oder für einen Teil davon –, die Sie heute bewilligen sollen. Das gleiche kann ich über die Festungsminenwerfer oder erst recht über die Artilleriewerke sagen, die möglicherweise in einer modernen Konzeption nichts mehr zu suchen haben oder eine ganz andere, untergeordnete Bedeutung haben sollen. Man kann mit Fug und Recht nicht mehr behaupten, alles, was wir heute an Bauten vorhaben, habe in Zukunft noch einen Sinn.

Herr Bundesrat Villiger, Sie haben Ihr Amt als Chef des EMD mit der ausdrücklichen Aussage angetreten: «Ich will diesen Betrieb so leiten, wie man einen Konzern leitet.» Aber ich möchte einen Konzern sehen, der auf Zusehen hin jährlich Hunderte von Millionen Franken investiert, obwohl er weiss, dass in den nächsten Jahren grundsätzliche Aenderungen auf ihn zukommen werden. Ein Konzern würde das nicht überleben. Und er würde es auch nicht überleben, wenn er nicht weiss, ob für das Produkt, das er herstellt – nämlich Sicherheit –, in dieser Form tatsächlich noch eine Nachfrage besteht.

Herr Hänggi, Sie haben gesagt, es sei schlechter politischer Stil, wenn man ein deutliches Verdikt des Volks, eine deutliche Aussage für eine Armee, über diese Minderheitsanträge unterlaufen wolle. Das Volk – Herr Hänggi – hat gesagt: Wir wollen weiterhin eine Sicherheitspolitik, und wir wollen jetzt die Armee nicht abschaffen! Aber wenn Sie das Volk fragen, wie die Armee aussehen solle, wird es Ihnen mit Sicherheit nicht sagen, sie solle so aussehen, wie sie heute aussieht. Ich erinnere Sie an die Abstimmungen vom letzten Wochenende, das waren keine Umfragen, das waren Volksabstimmungen, und da sind z. B. die Zivilschutzbauten mit sehr deutlichen Mehrheiten abgelehnt worden, und das sollte Ihnen doch zeigen, dass das Volk ein Ueberdenken wünscht.

Noch einige Worte zur «Armee 95»: Es ist begrüssenswert, dass vom EMD aus Anstrengungen unternommen werden, die Armee neuen Zeiten anzupassen. «Armee 95» hat aber den entscheidenden Nachteil, dass sie eigentlich eine Moder-

nisierung dieses sicherheitspolitischen Instruments darstellt, basierend auf den sicherheitspolitischen Vorstellungen aus der Mitte der achtziger Jahre. Sie erhöht die Schlagkraft, es ist ein Abspecken, ein Schlankermachen, ein wirkungsvollerer Einsatz im Rahmen der alten Randbedingungen. Mit den neuen Randbedingungen hat das überhaupt noch nichts zu tun. Und ich wage die Behauptung, dass «Armee 95» vor dem Jahre 1995 Makulatur sein wird und dass wir vielleicht eine «Armee 96» oder «97» haben werden, die grundsätzlich andere Strukturen haben wird, als wir uns das heute vorstellen. In diesem Sinn scheint mir der Rückweisungsantrag der SP zu diesem Bauprogramm eine richtige und vernünftige Massnahme zu sein. Sie soll uns ermöglichen, das Geld, das wir weiterhin für die Produktion von Sicherheit aufwenden wollen, etwas rationaler einzusetzen.

Weber-Schwyz: Die FDP-Fraktion wird der Baubotschaft klar und deutlich zustimmen und alle auf der Fahne aufgeführten Minderheitsanträge ablehnen. Diese Anträge halten einem objektiven Urteil nicht stand.

Mit der Rückweisung der Botschaft bezwecken die Sozialdemokraten nichts anderes als eine Verzögerung von Bauten. Die genannten Gründe sind fadenscheinig: Aenderung der Bedrohungslage, Schwerpunktänderungen im Bauprogramm der Zukunft, «Armee 95». Alle diese Begründungen zeigen, dass die Sozialdemokraten hier im Parlament bezüglich Armee konzeptionslos dastehen, so etwa nach dem Motto: Wir wissen nicht, was wir wollen, aber wir machen trotzdem Opposition. Man will die Armeegegner und das Verhalten der Zögerer ausnützen und versuchen, Stimmung zu machen. Wir können dieses Verhalten einer Regierungspartei – und besonders ihres Präsidenten – nicht verstehen und letztlich auch nicht akzeptieren.

Unsere Fraktion stellt zur heutigen Situation folgendes fest und zieht auch die entsprechenden Schlussfolgerungen:

1. Die Bedrohungslage hat sich geändert. Die Bedrohung zu Boden – Infanterieangriffe – ist eher unwahrscheinlich geworden. Die Luftbedrohung aber bleibt bestehen. Die kürzlichen Erklärungen des russischen Verteidigungsministers und das Treffen von Gorbatschow und Bush bestätigen, dass die Selbstverteidigung jedes Landes zu gewährleisten ist. Ueber Abrüstung wird wohl gesprochen. Nach wie vor werden aber von beiden Grossmächten modernste Flugzeuge und Panzer produziert.

2. Mit unserem System der langfristigen Planung, dem die Sozialdemokraten bisher grossmehrheitlich immer zugestimmt haben, erstrecken sich die grossen Bauvorhaben über viele Jahre. Das Bild vom Schiff mit dem langen Bremsweg – das Herr Bundesrat Villiger anlässlich der Pressekonferenz gebraucht hat – ist zutreffend. Kursänderungen brauchen Zeit. Aus der vorliegenden Baubotschaft geht hervor, dass der Bundesrat bereits Kurskorrekturen vorgenommen hat und grössere Aenderungen bei den Ausbildungsbauten für die nächsten Jahre plant. Dies wurde uns in der Kommission nochmals zugesichert. Aber die Sozialdemokraten hören solche Zusicherungen nicht, respektive wollen sie überhören. Dabei wissen wir um die schlechten Zustände in einem Teil unserer Kasernen. Der Neubau in Airolo beispielsweise kommt jetzt schon reichlich spät, von Herisau-Gossau nicht zu sprechen.

3. Weil wir der Ueberzeugung sind, dass das in den letzten Jahren eindeutig vernachlässigte persönliche Wohl der Soldaten verbessert werden muss, ist es zu begrüßen, wenn auf diesem Gebiet rasche Fortschritte gemacht werden. Aber offenbar will man das gar nicht. Man ist eher an unzufriedenen Soldaten interessiert. Die SP hat vermutlich primär die nächsten Wahlen im Visier und nicht das Wohl unseres Landes, das nach wie vor verteidigt werden muss. Allerdings – das ist auch unsere Meinung – muss man andere Schwergewichte setzen und mehr Rücksicht auf die heutigen Lebensgewohnheiten und die künftigen Bedürfnisse der Wehrmänner nehmen.

4. Man will sich nicht mehr daran erinnern, dass die Volksabstimmung vom vergangenen November eine deutliche Mehrheit zugunsten unserer Selbstverteidigungsarmee ergeben hat. Der Wille der Mehrheit unseres Volkes ist massgebend, und diesen Willen haben wir zu respektieren.

Ich nehme nicht zu allen Minderheitsanträgen Stellung, weil sich noch andere Mitglieder unserer Fraktion äussern werden. Aber am Beispiel Herisau-Gossau kann man aufzeigen, wie kontrovers die Ansichten der Antragsteller sind. Die grosse Mehrheit unseres Volkes, darin inbegriffen eine Mehrheit der sozialdemokratischen Wähler, akzeptiert das Ergebnis dieser genannten Volksabstimmung. Wir wollen doch, dass unsere Soldaten und Rekruten in modernen Anlagen leben und arbeiten können!

Ich erinnere daran, dass wir auch nach der Reform 1995 schwergewichtig eine Infanteriearmee haben werden. Nach wie vor machen kantonale Truppen das Gros unserer Armee aus. Genau für diese – aus den Kantonen St. Gallen, Thurgau, Appenzell – soll nun eine neue Kaserne gebaut werden. Wir müssen bauen, weil keine Anlage mehr besteht; denn die bestehende Kaserne musste bekanntlich einem Strassenbau in St. Gallen weichen. Seitdem müssen diese Wehrmänner in teilweise unakzeptablen Unterkünften wohnen. Eine rasche Lösung drängt sich in erster Linie wegen der Menschen auf, die in diesen Unterkünften Wochen, ja Monate verbringen.

Bis vor einem Jahr hat auch die SP – der erste Kredit wurde ja letztes Jahr gesprochen – diesen Verbesserungszielen zugestimmt und sie unterstützt. Nun soll nach der noch nicht überblickbaren Entwicklung im Osten all dies nicht mehr gelten. Der Grosse Vorsitzende der SP Schweiz hat es vorhin verkündet. Glaubt man wirklich, dass nach dem Scheitern des realen Sozialismus der ewige Friede ausgebrochen ist? Es ist noch nicht lange her, da hat Kollege Vollmer das Hohelied auf das Arbeiter- und Bauernparadies gesungen. Und noch stehen Teile der «Friedensarmee» – 300 000 Russen an der Zahl – nicht weit von unseren Grenzen. Wo bleibt da die Logik?

Zu den übrigen Anträgen kurz einige Stichworte. Es wird eine Konsultativabstimmung gefordert zum Bau der Kasernenanlage. Das sind Gründe, die wir wohl begreifen, die aber nicht realistisch sind. Eine solche Abstimmung hätte, wenn schon, früher stattfinden müssen. Wir wissen, dass die betroffenen Gemeinden die Waffenplatzanlagen begrüßen. Eine rechtliche Wirkung ergäbe sich aus dieser Umfrage ja ohnehin nicht.

Beim Antrag Ledergerber zur Ablehnung des Kredites für die Führungsinfrastruktur vertritt die FDP-Fraktion die Auffassung, dass man diesem Kredit zustimmen soll. Nach dem üblichen Verfahren in unserem Rat hat auch die Finanzdelegation zu diesen geheimen Bauten Stellung genommen. Es sind in diesem Rat auch erste Kredite gesprochen worden. Inzwischen hat sich Bundesrat Villiger gegenüber den Mitgliedern der Militärkommission bereit erklärt, zusätzliche Informationen zu geben und auch eine entsprechende Besichtigung vorzusehen. Es ist schlechter Stil, wenn man bereits gestern in einem Grossenblatt lesen konnte, was unter «vertraulich» den Mitgliedern der Militärkommission mitgeteilt wurde. Es ist sonderbar, dass solche Mitteilungen bereits in der Presse verbreitet werden. Ich glaube, den Forderungen von Herrn Ledergerber ist mit der Antwort des Bundesrates entsprochen worden, und wir hoffen, dass die Einsicht obsiegt und man diesen Minderheitsantrag zurückzieht.

Ich möchte bekanntgeben, dass unsere Fraktion der eindeutigen Auffassung ist, dass die nächste Baubotschaft schwerpunktmässig und vermehrt nach den Bedürfnissen bei der Ausbildung ausgerichtet werden muss. Vordringlich sind dabei die Um- und Neubauten von Unterkünften. Wir bitten Bundesrat Villiger, sich diesen Anliegen, er hat es bereits zugesichert, vermehrt zuzuwenden und ihnen besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Wir bitten Sie, die Rückweisung abzulehnen, ebenfalls die Minderheitsanträge, und dieser Vorlage mit Ueberzeugung zuzustimmen.

Aregger: Die vom Bundesrat vorgeschlagenen Kredite für militärische Bauten liegen nicht nur um 40 bis 70 Millionen Franken unter jenen der Vorjahre, sondern es wird in der Botschaft sogar von einer Umorientierung im Bauwesen des EMD gesprochen. Erstmals beanspruchen nämlich die Ausbildungsbauten den grössten Anteil und haben die Kampf- und Führungsbauten sowie die Bauten für die Logistik überholt.

Ich befürworte diese Tendenz aus zwei Gründen:

1. Es ist unumgänglich, Waffen- und Übungsplätze in dichten Siedlungsgebieten aufzugeben und an geeignete Standorte zu verlegen. Ein Beispiel ist Reppischtal (Zürich), ein anderes, aktuelles ist Gossau-Herisau, von dem ja heute noch vermehrt gesprochen wird. Weitere derartige Verlegungen werden folgen, denn die grossen Grünflächen in den Städten oder in unmittelbarer Stadtnähe dienen je länger, je mehr eher zivilen als militärischen Aktivitäten.

2. Die Sanierung von Kasernenunterkünften ist dringlich. Der Sammelkredit von 10 Millionen Franken ist vorgesehen für bauliche Sofortmassnahmen in einem Dutzend älterer Kasernen. Mit der Verbesserung der Wohnqualität und der hygienischen Verhältnisse können rasch Resultate erzielt werden, die dem jungen Wehrmann etwas bringen. Ich betrachte dieses Vorhaben als äusserst wichtig. Einerseits ist es schade, dass nicht schon früher in dieser Richtung mehr getan wurde. Andererseits sind die 10 Millionen Franken nur ein Tropfen auf einen heissen Stein, oder mit anderen Worten, sie sind nur als Anfang einer grösseren, mittelfristigen Aktion zu verstehen. Es sind immer noch zu viele Kasernen mit einem rudimentären Komfort ausgestattet, wenn überhaupt. Es gibt sogar einzelne pitoyable Beispiele. Der heutige Rekrut ist an moderne Auffassungen über Hygiene und Körperpflege gewöhnt und stellt zu Recht auch in der militärischen Ausbildungszeit entsprechende Ansprüche. Sanitäre Anlagen, Duschen, Trockenräume in genügender Zahl müssen unbedingt zur Verfügung stehen, d. h. sie müssen, sofern nicht vorhanden, geschaffen werden.

Wir werden heute im Rahmen der Baubotschaft diese Kredite beschliessen. Ich möchte die verantwortlichen Stellen des EMD ermutigen, in der nächsten Baubotschaft weitere Verbesserungen in dieser Richtung vorzuschlagen. Zugleich wünsche ich, dass die damit eingeleitete Neuorientierung im Bereiche der Komfortanpassung von den Kasernenverwaltern, den Schul- und Truppenkommandanten übernommen und zum Vorteil der jungen Soldaten auch angewendet wird.

Ein Wort noch zu Herrn Bodenmann: Mit Ihrer kompromisslosen Ablehnungshaltung stellen Sie sich u. a. gegen die angeführten raschen Verbesserungen zugunsten der Rekruten. Sie negieren mit Ihrer Haltung auch einen deutlichen demokratischen Volksentscheid zugunsten der Armee.

Für uns gelten immer noch die Ergebnisse von Wahlen und Abstimmungen. Sie aber stützen sich, wie aus Ihrem Votum von heute morgen zum Ausdruck kam, offenbar auf sogenannte Repräsentativumfragen zu verschiedensten Problemen, auf Umfragen, deren Manipulierbarkeit bewiesen ist. Ihre Ablehnung grenzt an Obstruktion und erzeugt eine Polarisierung, bei der Sie immer den kürzeren ziehen werden.

Fischer-Sursee: Ich mache Sie auf eine Konsequenz einer Rückweisung aufmerksam. Eines der grösseren Bauvorhaben ist der Neubau und die Sanierung des Zeughauses Sursee. Diese Sanierung ist dringend nötig, wie Sie aus der Botschaft gesehen haben und wie ich Ihnen als Lokalmatador aus eigener Erkenntnis bestätigen kann.

Das Zeughaus muss – unabhängig von einem neuen Armeeleitbild – saniert werden. Das Land für dieses Zeughaus – es sind 20 400 Quadratmeter – wurde vor zehn Jahren von der Korporationsgemeinde Sursee zu einem Vorzugspreis von 1,1 Millionen Franken – das sind 55 Franken pro Quadratmeter – gekauft. Im Vertrag steht die Klausel, dass die Korporation das Rückkaufsrecht hat, wenn mit dem Bau nicht innert zehn Jahren begonnen wird. Diese Frist läuft am 5. Dezember 1990, also in gut fünf Monaten, ab. Dieses Land hat heute unter Brüdern einen minimalen Wert von 10 Millionen Franken, etwa 500 Franken pro Quadratmeter. Der Korporationsrat hat bereits verlauten lassen, dass er das Rückkaufsrecht ausüben werde. Für die Korporationsgemeinde ist das natürlich das Geschäft des Jahrzehnts. Sie gewinnt nämlich rund 9 bis 10 Millionen Franken, und der Bund verliert entsprechende Gegenwerte. Wenn das Rückkaufsrecht ausgeübt wird, könnte das Eidgenössische Zeughaus an diesem Orte entweder nicht mehr gebaut werden, oder der Bund müsste das

Land entsprechend viel teurer zurückkaufen. Dieser Fall würde wahrscheinlich eintreten.

Wenn wir also die Vorlage zurückweisen, so wird die Frist am 5. Dezember 1990 mit Sicherheit verpasst und ist nicht mehr einhaltbar. Der Bund und wir verschleudern damit 9 bis 10 Millionen Franken. Daher bin ich der Meinung, dass wir auf den Rückweisungsantrag nicht eintreten sollten.

Blocher: Die Sozialdemokraten stellen einen Nichteintretensantrag, und Herr Ledergerber hat recht blauäugig gesagt, man könnte schliesslich verschiedener Meinung sein. Ja, das könnte man. Aber bei einem Antrag oder einem Nichteintretensantrag ist entscheidend, aus welchen Motiven der Antrag gestellt wird. Da kann man, Herr Ledergerber, bei Ihren Motiven jetzt nicht mehr verschiedener, sondern nur noch einer Meinung sein.

Sie sprechen für eine Partei, die mit Zweidrittelmehrheit an einer Parteiversammlung beschlossen hat, die Schweiz brauche keine Armee. Sie wollen dieses Land schutzlos dem Feind überlassen. Das ist die Tatsache.

Auf das Motiv kommt es an. Und das Motiv ist: Wir wollen alles tun, was die Verteidigungskraft dieses Landes schwächt, Bedrohungslage hin oder her. Das ist nun die Situation, und ich bitte die Bürgerlichen, das auch so zu berücksichtigen. Sie – die Sozialdemokraten – kämpfen nicht darum, welches bei einer veränderten Situation der beste Weg wäre, um unser Land zu verteidigen. Da kann man wirklich verschiedener Meinung sein, und darum hat man wirklich zu ringen. Aber darum können nur Leute ringen, die zur Verteidigung eines Landes stehen. Diesen Mut hat die Mehrheit Ihrer Partei nicht aufgebracht und Sie persönlich auch nicht, Herr Bodenmann. Sie haben die Kraft nicht mehr, Sie haben die Vitalität zur Selbstbehauptung dieses Landes nicht mehr. Das ist die Tatsache. Und aus dieser Schwäche, aus dieser inneren Verwahrlosung kommt diese Gegnerschaft. Ich freue mich über die Ehrlichkeit der PdA in früheren Jahren. Sie hat auch Ablehnungsanträge gestellt, nur hatte sie die Ehrlichkeit und Offenheit, auch zu sagen, dass sie eben an sich gegen die Landesverteidigung ist. Diesen Mut haben Sie nicht.

Herr Bodenmann, Ihre Bedrohungsanalyse – so etwas von Naivität habe ich überhaupt noch nie gehört. Warum schmücken Sie sich mit akademischen Titeln, wenn Ihr Geschichtsverständnis nicht weiter geht als das eines Sekundarschülers? Also so naiv: Weil einige Länder von Abrüstung sprechen, sagen Sie, jetzt sei doch alles vorbei. Sie sagen das in einer Situation, wo wir ganze Blöcke haben, die in grossen innenpolitischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten stecken, wo wir aus der Geschichte wissen, dass das immer sehr gefährliche Situationen sind, wenn Armeen vorhanden sind. Natürlich hat sich die Bedrohungssituation gegenüber zwei, drei, vier, fünf Jahren geändert. Sie hat sich geändert. Ob sie gefährlicher oder weniger gefährlich geworden ist, das bleibt noch zu untersuchen. Sie ist auch unberechenbarer geworden.

Ich bin entschieden der Meinung, dass wir ein neues Konzept der militärischen Landesverteidigung brauchen. Das ist auch nichts Schlechtes. Es gibt veränderte Situationen, also brauchen wir neue Konzepte. In diesen neuen Konzepten ist Auskunft zu geben über die möglichen Bedrohungsformen, über die möglichen Verteidigungsformen. Es ist bekanntzugeben, was für finanzielle Mittel wir haben, was wir noch brauchen, was wir tun, ob wir noch dasselbe brauchen oder nicht. Wir haben diese Konzeption gefordert, nicht die Sozialdemokraten. Wir haben den Vorstoss eingereicht, dass der Bundesrat dies vorlege, weil wir nach einer richtigen Konzeption suchen. Darum auch meine Gegnerschaft im heutigen Augenblick gegen den F/A-18, weil wir nicht wissen, ob er ins richtige Konzept passt oder nicht. Auch Unternehmen stehen dauernd vor solchen Situationen.

Aber die Bauten, die wir hier haben, präjudizieren kein Konzept. Bei Ausbildungsbauten anzusetzen kann nur jemandem recht sein, der in Kauf nehmen will oder beabsichtigt, dass unten, beim Soldaten, eine Misere entsteht. Ich werde den Verdacht nicht los, dass das bei Ihnen der Fall ist.

Herr Ledergerber hat gesagt, man müsse die Armee führen

wie einen Konzern. Ich möchte Herrn Ledergerber nur sagen: Leute, die mit einer Motivation wie der Ihrigen an die Konzernführung herangehen, hätte man in einem Konzern längst zum Verwaltungsrat hinausgekippt.

M. Couchepin: L'essentiel de l'argumentation de M. Bodenmann tient au problème de fond de savoir quelles sont les conséquences des événements qui se passent actuellement dans les pays de l'Est. Il est exact, comme il l'a relevé, que le système socialiste s'effondre après un double échec, un politique et l'autre moral. Un échec politique puisque ce régime socialiste n'a pas réussi à satisfaire les besoins élémentaires de l'homme, qu'il a détruit l'environnement comme nul autre système économique et politique. Plus encore, ce régime s'est effondré moralement puisqu'il n'a pas réussi à constituer une société plus fraternelle. Au contraire, durant toute son existence, il a accumulé des frustrations qui ont pour résultat que l'on assiste aujourd'hui, dans les pays de l'Est, à la renaissance du nationalisme le plus violent et le plus primaire et aussi en URSS à une renaissance de l'antisémitisme.

Ce régime a eu pourtant un succès, d'ordre technique: il a réussi à accumuler un potentiel de matériel militaire de qualité absolument hors du commun. Or, la grande question aujourd'hui, c'est: que va devenir ce potentiel de matériel militaire, même si la tête qui le commande est en train d'avoir des vapeurs? On constate que l'URSS en particulier tente de sauver une partie de ce potentiel militaire, tel est le cas par exemple en Allemagne de l'est: les services secrets ont été transférés en URSS. Mais la question n'est évidemment pas résolue. Comme vient de le dire M. Blocher, que va-t-il se passer?

Jamais dans l'histoire un empire ne s'est effondré sans violence et c'est normal puisque, d'une certaine manière, un empire constitue un facteur d'équilibre: lorsqu'il disparaît, des forces centrifuges sont libérées qui agissent dans des sens contraires. Il y a donc une possibilité de danger, de chaos beaucoup plus grande aujourd'hui que dans le système antérieur. Mais l'effondrement d'un empire, c'est aussi une chance, celle de la création d'un nouveau système de sécurité européen. Or, ce système ne peut se construire dans le vide, il doit s'édifier avec l'aide de partenaires solides qui peuvent chacun apporter une contribution et la première de celles-ci c'est qu'il n'y ait pas de trous dans la sécurité militaire.

Les dépenses que nous faisons aujourd'hui et que nous voterons dans d'autres circonstances sont une contribution de solidarité à la construction du système de sécurité européen. Loin d'être une menace, c'est notre apport à la paix en Europe. Certes, c'est une chance aussi qui s'ouvre de voir se réduire les dépenses militaires. S'il existe une possibilité de réduire les dépenses militaires il faut le faire, mais ces réductions doivent être contrôlées, elles doivent être efficaces. Une réduction partielle des dépenses, sans réflexion d'ensemble, c'est simplement faire une double faute: rendre l'armée totalement inefficace et dépenser encore trop.

J'ai écouté M. Bodenmann avec beaucoup d'intérêt car je pensais que c'était l'occasion pour lui de nous dire quelle serait la nouvelle doctrine militaire socialiste. Or, sur ce point-là j'ai été très déçu, il y a un trou, à moins que ce ne soit une sorte de secret bien gardé. Ce que nous attendons, ce que le peuple suisse attend, plus que des invectives ou de la démagogie, c'est que les socialistes, en tant que parti gouvernemental sérieux, coresponsable des décisions que nous prenons, précisent leur doctrine militaire pour l'avenir et ne fassent pas de la polémique avant d'avoir réfléchi.

Jaeger: In unserer Fraktion gibt es zahlreiche Stimmenthaltungen zum Antrag Bodenmann. Auch in unserer Fraktion ist die Kritik an dieser Vorlage sehr gross. Wir haben sehr eingehend darüber diskutiert, und wir sind – vor allem, wenn der Antrag Bodenmann abgelehnt wird – auch für die folgenden Rückweisungsanträge. Es ist ja interessant, wie jetzt vor allem von freisinniger Seite, zum Beispiel von Herr Aregger und von Herrn Weber, der anderen Seite vorgeworfen wird, dass diejenigen, die den Rückweisungsantrag stellen, in Polarisierung und in Konfrontationspolitik machen. Ich möchte diesen Vorwurf etwas genauer anschauen.

Wenn wir jetzt die Voten von Ihrer Seite gehört haben und wenn wir die Politik verfolgen, die von Herrn Bundesrat Villiger in den letzten Monaten betrieben wurde, und wenn wir vor allem jetzt wieder das Votum von Herrn Blocher gehört haben, deutet doch alles darauf hin, dass auch von Ihrer Seite her ganz offene, knallharte Konfrontationspolitik gemacht wird. Das ist doch die Tatsache. Herr Blocher, wenn Sie Ihre Argumente hier nicht einfach darlegen können, ohne Ihren Gegner zu beleidigen, herunterzumachen oder ihn lächerlich zu machen, dann fehlt es an der Substanz Ihrer Argumentation. Das zeigt doch nur Ihre Nervosität, Herr Blocher. Ich begreife, dass Sie nervös sind, weil offensichtlich Ihre Argumente nicht stark genug sind. Wenn nämlich jemand immer wieder seinen Gesprächspartner beleidigen muss, dann fehlt es ihm offensichtlich an Kraft. Das ist Schwäche, Herr Blocher! Wenn Sie sicher wären, dann hätten Sie es doch nicht nötig – Sie und andere –, Ihre Gegner zu beleidigen.

In der ganzen Diskussion um die neue Sicherheitspolitik haben wir zwei Lager: Jene, die kritisch sind, müssen sich von jenen, die am Hergebrachten festhalten wollen, sagen lassen, sie seien schwächlich, naiv oder sie hätten aus der Geschichte nichts gelernt und wollten nichts anderes als die Selbstbehauptung dieses Landes auf den Opferaltar legen. Es kommen noch ganz andere Vorwürfe und Beleidigungen. Ich habe das in der ganzen Diskussion immer wieder gespürt: Wer zu Kritik ansetzt, wird beleidigt, wird unter Druck gesetzt. Ich möchte nicht lamentieren. Das macht mir überhaupt nichts aus. Aber erklären Sie doch bitte nicht so weinerlich, meine Damen und Herren – leider auch einige Freisinnige –, die Reformer wollten hier in Polarisierung und Konfrontation machen.

Herr Weber, Sie sagen, die Gegner wüssten nicht, was sie wollen, und lehnten daher einfach ab. Ich sage: Sie wissen nicht, was Sie wollen, und machen einfach weiter. Ich bin überzeugt, es gibt unter jenen, die den Rückweisungsantrag unterzeichnet haben und die ihm zustimmen, sehr viele, die einzelnen Positionen zustimmen wollen. Es gibt auch solche, die zugestimmt hätten, wenn nicht in den letzten Monaten von EMD-Seite her eine derart harte Konfrontationspolitik gemacht worden wäre, wenn man wirklich bereit gewesen wäre, auf neue Erkenntnisse einzugehen – Sie können schon den Kopf schütteln, Herr Tschuppert, aber ich bin nicht der einzige, der das sagt, aber ich sage es, auch wenn es Ihnen nicht passt.

Es ist hier dargelegt worden, dass es eine neue Situation gebe. Tatsächlich, wir haben die Feindbilder von gestern nicht mehr. Es sind andere Bedrohungslagen entstanden, es sind regionale Konflikte in den Vordergrund getreten, es ist nicht mehr so, dass uns unsere Nachbarn an der Grenze bedrohen. Auch der Feind im Osten ist nicht mehr derselbe wie vorher. Er hat Probleme mit sich selber, der Warschauer Pakt steht vor der Auflösung, die Supermächte haben Abrüstungsschritte beschlossen und nicht einfach nur davon geredet. Nur wir sind offensichtlich nicht bereit, wirklich zu lernen und eine Anpassung unserer Sicherheitspolitik vorzunehmen.

Ich habe Herrn Villiger schon in der letzten Session gesagt: Nehmen Sie doch neue Leute, die bereit und in der Lage sind, auch innovativ zu denken, wirklich zu überlegen, ob es nicht ein neues sicherheitspolitisches Dispositiv braucht. Erst dann können wir nämlich die Armee reform 95 vornehmen. Ich finde, auf dieser Basis sollten wir die Diskussion führen. Es ist eine Frage der Gesprächskultur. Ich anerkenne die Argumente der Gegner, ich respektiere sie, aber ich bitte Sie: Respektieren Sie auch unsere Argumente.

Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle

Ledergerber: Wir haben Herrn Blocher nun öfters poltern gehört. Das gehört zu seinem Stil und ist sehr oft amüsant. Heute ist es mir zu weit gegangen, weil ohne Argumente nur noch aggressiv dreingeschlagen wurde. Ich verwehre mich ganz klar gegen Ihre Unterstellung, bei uns herrsche eine innere Verwahrlosung. Sie werden die sozialdemokratische Seele nie verstehen können, das ist mir klar. Ich erwarte aber von Ihnen, dass Sie uns bei den Worten nehmen, die wir sagen, dass Sie sich mit unseren Argumenten auseinandersetzen und uns

nicht Motive unterstellen, um nachher auf der Basis dieser Unterstellungen politisch zu operieren. Dass Sie gesagt haben, die PdA sei Ihnen lieber, ist mir gleich. Ich kann es sogar verstehen, denn es gibt nur noch einen PdA-Vertreter und wieder immer mehr Sozialdemokraten, wie ich hoffe. Ich verwehre mich dagegen, wenn Sie sagen, wir seien gegen jede Landesverteidigung und wir wollten dieses Land ungeschützt Bedrohungen ausliefern. Wir bemühen uns aufrichtig, in einem schwierigen Bereich Lösungen zu finden, die konsensfähig sind. Wenn Sie bis jetzt nicht gemerkt haben, dass der Konsens für diese Form der Landesverteidigung und für diese Form des sturen Durchsetzens alter Konzepte nicht mehr vorhanden ist, dann, denke ich, liegt der Lernbedarf auf Ihrer Seite.

M. Aguet: C'est toujours le même dialogue de sourds. Est-ce parce que la majorité de ce conseil ne veut pas entendre nos arguments que nous devons les taire? De programme en programme, nous devons hélas constamment répéter les mêmes arguments. Heureusement, l'histoire nous donne de plus en plus raison.

Il y a cependant du nouveau dans les mots. On nous promet que le DMF et le Conseil fédéral vont bientôt faire preuve de sagesse, mais de programme en programme on se rend compte que ce ne sont que des promesses. Notre armée est suréquipée, programme après programme on investit et on suréquipe. Est-ce parce que le programme de législation – nous avons d'ailleurs combattu sur ce point – prévoyait 1,5 milliard pour les ouvrages militaires pendant quatre ans? Est-ce parce que l'augmentation de 10 pour cent pour les années 1988-1991 a été admise par les Chambres que le Conseil fédéral persiste dans ces dépenses démesurées?

L'Europe est totalement différente de ce qu'elle était encore l'an dernier. Les tensions internationales s'estompent. Les grandes puissances s'efforcent de construire la paix; elles en donnent des preuves. Les vrais grands risques qu'il faut regarder en face sont de nature écologique, économique, démographique. Mais le Conseil fédéral ne veut pas prendre en compte tous ces changements. Bien sûr, le DMF a nommé de nombreuses commissions. On nous parle de l'armée 1995 et, de plus, il me semble même que M. Villiger paraît fort sincère dans ses propos.

Certes, pour chacun des projets, on nous dit qu'il eût été possible de dépenser encore davantage et que la facture de l'année dernière était légèrement plus élevée. Pour plusieurs de ces constructions, on insiste sur le respect des nouvelles règles relatives à la lutte contre le bruit ou à la protection de l'environnement. Le développement d'installations visant à former nos soldats à de nouvelles armes légères et très efficaces nous semble relativement plus acceptable que la création de nouvelles places d'armes par exemple. Rappelons à ce sujet de temps en temps que la surface des places d'armes de l'armée atteint presque l'étendue du canton de Genève, et qu'à côté de cette extraordinaire emprise le DMF est encore locataire d'une quinzaine de places supplémentaires.

Qu'en disent, dans cette salle, les défenseurs du moins d'Etat? Il est temps de revenir à un petit peu de mesure. Les propositions présentées donnent l'impression que le DMF se dépêche de développer ses ouvrages militaires avant que des décisions de sagesse ne le limitent dans cette démarche.

Pour redimensionner les prétentions du DMF, renvoyons ce projet au Conseil fédéral. En outre, notre politique de sécurité n'en souffrira pas car, devant une telle attitude, le peuple suisse, et singulièrement sa jeunesse, reprendra confiance. Sa volonté de défense n'en sera qu'affermie. Or, c'est cela qui compte avant notre arsenal de grande puissance.

Kühne: Militärische Bauten sind Sachfragen. Gehen wir sie doch sachlich an. Sie werden sehen, das geht viel besser. Die sicherheitspolitische Lage hat sich verändert. Namentlich in Europa ist der Ausbruch eines grossen militärischen Konfliktes nicht wahrscheinlich. Vor allem der über Jahrzehnte befürchtete Durchstoss grosser Verbände zum Atlantik wird meines Erachtens nicht stattfinden. Soweit haben die Sprecher

der SP gar nicht so unrecht. Sie ziehen aber die falschen Schlüsse.

Herr Ledergerber, auch im EMD soll nicht alles so bleiben, wie es immer war. So weit bin ich mit Ihnen einig. Vieles ist in dieser Sache in Bewegung. Einiges ist aber auch klar. Wir müssen und können die Armee modernisieren, verjüngen und zahlenmässig reduzieren. Die Verjüngung ist übrigens auch auf den Zivilschutz auszudehnen. Männer und Frauen über 40 sind im zivilen Bereich unentbehrlich, und als Füsiliere machen sie zudem eher oft eine fragwürdige Figur. Also reduzieren wir bei den alten Soldaten, reduzieren wir noch mehr bei den alten Obersten.

Die allgemeine Wehrpflicht wird aber beibehalten, und wir werden weiterhin eine Milizarmee haben. Das bedeutet, dass wir in Zukunft moderne Ausbildungsanlagen haben müssen. Wir sagen das nicht leichtfertig. Neue Anlagen bedeuten Landbedarf, und das trifft uns regional und auch von unserem Beruf her. Wir sagen nur deshalb ja, weil wir die unbedingte Notwendigkeit einsehen. Es ist unumgänglich, dass die Ausbildung zeitgemäss gestaltet werden muss. Stichwort: Theoriesäle, Simulatoren usw., diese müssen vorhanden sein. Ausbildungsstätten, Unterkunft und die Qualität der Vorgesetzten sind entscheidend für die Moral der Truppe. Wenn einer dieser Punkte oder sogar mehrere schlecht sind, haben die jungen Soldaten eine negative erste Erfahrung mit der Armee. Wir wollen das nicht, und deshalb sind wir gegen Rückweisung.

Carobbio: Sono dell'opinione che la proposta di rinvio del messaggio possa essere sostenuta, contrariamente a quanto hanno preteso qui i deputati dei partiti borghesi che sono intervenuti contro, senza ricorrere ad argomentazioni ideologiche e senza nemmeno troppo soffermarsi sui problemi relativi alla situazione generale in Europa. Questo anche se devo dire che mi ha fatto abbastanza specie il fatto che molti, in questo Parlamento, sembrano rifiutare di prendere atto o comunque di riflettere a fondo sulle conseguenze che quanto sta avvenendo deve pur avere anche dei riflessi sui nostri problemi della sicurezza.

Ma a parte questo, per me ci sono tre ragioni che giustificano il rinvio.

La prima si basa sulle stesse indicazioni del Dipartimento militare federale, secondo il quale è in corso un riesame della nostra politica di sicurezza, e quindi dell'impostazione del nostro esercito, che dovrebbe comportare una forte riduzione degli effettivi.

Se ciò è vero, e se è vero che siamo in una fase di transizione, la presentazione anche quest'anno di massicce richieste di credito (360 milioni) è perlomeno discutibile.

Dal mio punto di vista si giustifica una riflessione.

Il secondo argomento – per me il più importante – è che io non credo che sia più ammissibile, dopo quello che è capitato in questi ultimi mesi, che questo Parlamento avalli spese dell'ordine di 56 milioni per la realizzazione dell'infrastruttura di comando senza che queste spese possano essere state esaminate con conoscenza di causa almeno dall'intera commissione competente, la commissione militare.

E' una pratica a mio parere sempre più assurda quella per cui solo alcuni parlamentari, nel caso concreto una sottocommissione, debbano essere informata di tali progetti con la scusa del segreto.

Questa pratica arrischia di condurci un'altra volta in quelle situazioni assurde di decisioni che poi risultano poco comprensibili.

Mi rivolgo al capo del dipartimento per chiedergli se pensi che sia ancora possibile continuare con questa pratica, che discrimina membri della commissione militare e dimostra scarsa fiducia nei loro confronti, che tra l'altro sono tenuti al segreto. Non vedo quali rischi si possano correre a dare loro un'informazione completa.

Si giustifica perciò il rinvio proprio per permettere a tutti i membri della commissione di prendere conoscenza di tutti gli aspetti del progetto.

In terzo luogo non è possibile liquidare con un semplice voto di maggioranza e di minoranza un credito di 50 milioni per la piazza d'armi di Gossau, che è contestata come tutti sanno.

Questi tre motivi concreti a mio parere giustificano la proposta di rinvio come scelta per superare la contrapposizione dei blocchi ideologici e trovare le soluzioni più adatte.

Per concludere, una considerazione del tutto particolare:

Il messaggio in discussione prevede importanti investimenti in Ticino e precisamente 4 milioni per l'aeroporto di Lodrino, 33 per la piazza d'armi di Airolo, 15 milioni per il posto delle guardie di confine di Airolo. In tutto 52 milioni su un totale di 350. Un settimo della spesa. Non è poca cosa. Come Ticinese qualcuno potrebbe dire che, non foss'altro che dal punto di vista degli interessi economici del Cantone, non dovrei sollevare grosse obiezioni. Ciò nonostante, pur non entrando nel dettaglio e visto che non sono membro della commissione e quindi non ho potuto esaminare i dettagli delle opere previste permettemi di esprimere qualche perplessità sull'ampiezza di questi investimenti. In particolare di quelli che riguardano la piazza d'armi di Airolo e quelli riguardanti l'aerodromo di Lodrino.

Domando in particolare al capo del dipartimento se tutte le spese riguardanti l'aerodromo di Lodrino, in particolare il rifacimento di alcuni stabili esistenti, siano veramente giustificate o non vadano oltre le necessità stesse di questa struttura?

Concludendo vi invito a sostenere la proposta di rinvio del collega Bodenmann.

Spälti: Ich hatte persönlich noch nie Probleme mit Ablehnungs- und Reduktionsanträgen, die im Zusammenhang mit dem Rüstungsprogramm oder mit dem Bauprogramm gestellt wurden. Viele von uns haben immer wieder versucht, die Argumente der Gegner zu werten und sie auch zu achten. Sie können das auch im Amtlichen Bulletin nachlesen, als es z. B. um die Diskussion über die Beschaffung des Leo 2 ging oder um das Retrofitprogramm des Panzers 68.

Wie die Armee in Zukunft aussehen soll, das muss, das soll diskutiert werden, weil das letztlich eine Aufgabe des ganzen Volkes ist. Wenn man aber heute einzelne Voten gehört hat, dann muss man leider zum Schluss kommen, dass gar nicht mehr die sachliche Diskussion im Vordergrund steht. In diesem Sinne war besonders aufschlussreich, Herrn Bodenmann zu hören, der sich interessanterweise als erster Redner – er muss hellseherische Fähigkeiten haben – über das Niveau der Debatte beklagt hat. Er hat dabei offenbar nur übersehen, dass er mit seinen oberflächlichen Argumenten – das Wort Argument ist fast zu schön gewählt – den Massstab für das Niveau dieser Debatte selbst gesetzt hat. Wenn er das von ihm gesetzte schlechte Niveau nun nachträglich bedauert, dann bleibt wenigstens die bescheidene Hoffnung, dass Selbstkenntnis der erste Schritt zur Besserung sei.

Ich gehe auf einige Äusserungen des Herrn Bodenmann ein. Er hat erklärt, es dürften keine neuen Waffenplätze mehr gebaut werden. 83 Prozent der Bevölkerung seien gegen den Bau neuer Waffenplätze. Dialektisch ist es natürlich nicht schlecht, eine solche Behauptung in den Raum zu stellen; man vermittelt den Eindruck, es würden ungehemmt zusätzliche Ausbildungsräume geschaffen. Tatsache aber ist, dass Neuchâten-Anschwilen beispielsweise den verlorengegangenen Waffenplatz St. Gallen ersetzt. Wenn das Gelände grösser ist als das bisherige, dann ist das sehr weitgehend dadurch bedingt, dass heute die Landwirtschaft – zu Recht – und der Landschaftsschutz innerhalb eines Waffenplatzes ganz andere Bedeutung gewonnen haben, als das in der Vergangenheit der Fall war.

Es wurde gesagt, die Schweiz gebe dreimal mehr von ihrem Bruttosozialprodukt für die Rüstung der Armee aus als Japan. Auch das ist dialektisch nicht schlecht für diejenigen, der nichts weiss. Nur hat Herr Bodenmann vergessen, uns auch ehrlich zu sagen, dass Japan ein zehnmal höheres Bruttosozialprodukt hat als die Schweiz und dass das eine Prozent, das Japan nach dem Zweiten Weltkrieg auferlegt wurde, schon lange auf schwarzem Wege unterlaufen worden ist.

Es ist auch gesagt worden: Man trüge dem Abbau der Mannschaftsbestände nicht Rechnung. Man hat aber nicht gesagt, dass das Programm der Unterkünfte von 550 auf 360 reduziert wurde. Das einige Feststellungen zu diesen sogenannten Argumenten.

Die Herren Günter und Jaeger haben die Polarisierung beklagt. Ich beklage sie auch. Aber wenden Sie sich doch einmal an jene, die mit medienrächtigen, rechtswidrigen Handlungen, Auftritten und auch Besetzungen dafür verantwortlich sind, dass es Gegenreaktionen gibt. Jawohl, Gesprächskultur, einverstanden, sachliche Argumente, einverstanden. Leider hat Herr Bodenmann als erster Sprecher in diesem Rat einen anderen Massstab gesetzt.

Hubacher: Wenn es in diesem hohen Haus um militärische Fragen geht, wird immer im gleichen Stil debattiert. Aus Sicht der Sozialdemokraten, die der Meinung sind, die Militärausgaben könnten und müssten ganz gehörig reduziert werden, ist das eine erfolgreiche Demonstration der bürgerlichen Hilflosigkeit. Machen Sie so weiter, ich empfehle Ihnen das aus unserer Sicht; das ist der beste Beweis, dass Sie nichts gelernt haben nach dem 26. November 1989. Machen Sie mit dieser Armee weiter, in welcher drei von vier Auszugssoldaten genug haben von dieser Politik. Wir wissen nur nicht so recht, mit wem Sie eigentlich noch Verteidigungspolitik, Militärpolitik betreiben wollen. Es reicht nicht mit der alten Generation, bei aller Hochachtung vor ihren Verdiensten im Aktivdienstzeitalter. Herr Blocher, es geht ja auch um eine gewisse Sorgfalt. Sie haben immer von Nichteintreten gesprochen. Es liegt kein Nichteintretensantrag, sondern ein Rückweisungsantrag vor. Es war bis jetzt eigentlich so, dass wir Herrn Blocher als wirklichen Sprecher der bürgerlichen, oft der schweigenden bürgerlichen Mehrheit angesehen haben, nämlich der Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die sich nicht mehr zu sagen getrauen, was Herr Blocher hier jeweils so erfrischend offen vorträgt. Aber wenn Sie so weit gehen – Herr Ledergerber hat das schon zu Recht angetönt –, einfach pauschal alle Sozialdemokraten unserer Fraktion der geistigen Verwahrlosung zu bezichtigen, dann können wir Sie – Entschuldigung, Herr Blocher – nicht mehr ernst nehmen. Das ist nur noch Beleidigung, das ist nur noch Diffamierung, und ich bitte Sie, das zurückzunehmen, sonst sind Ihr Stellenwert und Ihr Börsenkurs wirklich tief gesunken. Sonst müssten wir Ihnen sagen, wir lassen uns das nicht bieten von einem Politiker, der, bevor der Bundesrat im Interesse des Landes über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft verhandelt, jetzt schon alles ablehnt, Verhandlungsergebnis hin oder her. Sie wissen es zum voraus, Sie haben die Parole ausgegeben: «Nein, die Schweiz hat mit Europa nichts zu tun.» Das ist dann sehr nahe bei dem, was ich verantwortungslos nenne. Von diesem Manne lassen wir uns nicht geistige Verwahrlosung vorwerfen. Das geht nicht, Herr Blocher. So kann man nicht politische Kultur betreiben, so kann man in einer Demokratie nicht miteinander umgehen. Dann begreife ich, dass Sie die PdA lieber gehabt haben. Sie vertritt den genau gleichen totalitären Stalinismus, wie ihn die Kommunisten in den Ostblockstaaten praktiziert haben. Herr Blocher, Sie müssen jetzt gründlich überlegen, wie wir miteinander diskutieren, ob wir diffamieren oder ob wir argumentieren.

Was wollen wir eigentlich? Wir muten dem neuen EMD-Vorsteher Kaspar Villiger zu, etwas aus der Vergangenheit seiner zum Teil bedenklich schwachen Vorgänger zu lernen. Nämlich zu lernen, dass man auch im EMD einmal «Übung halt!» sagen müsste, dass man die neue Lage in Europa berücksichtigen sollte. Und wir hätten erwartet, Herr Villiger wäre in der Lage, zu sagen: «Jetzt gehen wir einmal über die Bücher. Jetzt wird nicht so weitergefahren, wie in den letzten Jahrzehnten.» Aber: Demokratisierung in Osteuropa hin oder her, Frieden und Entspannung hin oder her. Wir bauen weiter, wir machen weiter wie gehabt. Wir Sozialdemokraten meinen, «Übung halt!» wäre eine Chance für das EMD. Wenn Sie die auch verspielen – Herr Villiger –, müssen Sie sich nicht bei uns beklagen, sondern bei Ihren angeblichen Freunden.

Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle

Blocher: Ich möchte an die Adresse der Herren Jaeger, Ledergerber und Hubacher sagen:

1. Ob Sie besser austeilen können als ich, das weiss ich nicht, aber ich kann auf jeden Fall besser einstecken.

2. Jetzt kommt man hier ans Pult – Herr Jaeger – wie Niklaus von Flüe und sagt: «Es hat einer polarisiert. Aber wir sind ja für den völligen Ausgleich, wir polarisieren gar nicht.» Wer austellt, muss auch einstecken können.

Herr Hubacher, ich muss mich wirklich entschuldigen, es tut mir wirklich sehr leid, und ich nehme es auch zurück, ich habe mich versprochen, ich habe gesagt, es sei ein Nichteintretensantrag statt ein Rückweisungsantrag. Das muss ich zurücknehmen, das tut mir leid.

3. Herr Hubacher, ich nehme das mit der inneren Verwahrlosung sehr ernst. Das habe ich nicht zum ersten Mal gesagt. Ich bin der tiefen Ueberzeugung, dass ein Volk, eine Partei oder ein Politiker, welche nicht mehr die Kraft aufbringen, für die Verteidigung des eigenen Landes einzustehen, ein Zeichen innerer Verwahrlosung darstellen. Ich kann es nicht zurücknehmen, es tut mir leid.

Feigenwinter, Berichterstatter: Es ist ja nicht Aufgabe der Kommissionssprecher, diese auf ein bedenklich polemisches Niveau hinuntergeratene Diskussion fortzusetzen. Ich rufe Sie zur Sachlichkeit in dieser Angelegenheit auf. Ich muss allerdings feststellen, dass nicht ganz zutrifft, was Herr Hubacher gesagt hat. Der Stil hat sich sehr wohl geändert. Heute wurde praktisch nur polemisiert und, was der Sache sehr wenig dienlich ist, der Gegner wurde lächerlich gemacht. Zwar hat mit diesem Gebaren Herr Bodenmann begonnen. Er hat mir gestern versprochen, die Kanonen zu laden und zu schiessen. Er hat aber die Kartätschen geladen, mit denen man üblicherweise Dreck verschießt. Ich möchte jedoch sachlich bleiben und wieder zur Sache zurückkehren.

Es ist falsch, wenn man sagt, die Kommission, der Bundesrat und wahrscheinlich auch die bürgerliche Mehrheit in diesem Rate hätten keine Lagebeurteilung vorgenommen in dem Sinn, dass sie den neuen, veränderten Gegebenheiten in Europa und der Welt nicht Rechnung tragen. Sowohl Sie von der linken Seite in dieser Versammlung wie auch wir von der andern Seite stehen ja vor denselben Fakten. Wir ziehen allerdings daraus andere Schlüsse. Das ist ein intellektueller Denkvorgang, der zulässig ist. Es ist eine Verwilderung der politischen Sitten, dass man denjenigen Gegner lächerlich macht, der eine Situation anders beurteilt. Herr Bodenmann, Sie haben das leider getan, wobei Sie keineswegs für sich in Anspruch nehmen können, dass die Schlüsse, die Sie aus dieser Lagebeurteilung ziehen, die richtigen sind. Das wird erst die Zukunft weisen. Das ist ja das Schwierige an der heutigen Situation, dass wir auf unsicherem Boden stehen.

Sie unterstellen dem Bundesrat, er mache nichts. Der Bundesrat ist aber gewillt, eine sicherheitspolitische Neubeurteilung durchzuführen, weil er natürlich auch nicht blind ist. Es kann sich ja der Einsicht nicht entziehen, dass sich vieles gewandelt hat und dass unsere Armee möglicherweise total geändert werden muss und einen ganz neuen Auftrag erhalten wird, der der Situation Rechnung trägt, dass die Frontlinien in Europa nicht mehr durch unser Land oder in der Nähe unseres Landes, sondern vielleicht am Bosphorus und in Portugal, jedenfalls an den Aussengrenzen dieses Kontinents, verlaufen könnten – ich sage «könnten», denn sicher ist auch das noch nicht. Der Bundesrat hat sogar, bevor sich die Situation für alle so überraschend geändert hat, den Auftrag gegeben, eine neue Armee-konzeption zu erarbeiten, vielleicht eher unter dem Gesichtspunkt, dass auch dieser Armee einmal eine Ueberprüfung gemäss System McKinsey gut bekommen könnte. Notwendig ist sie in jedem Fall.

Diese Neukonzeption der Armee könnte nun angesichts wirklich veränderter Verhältnisse viel weiter führen, als das ursprünglich geplant war. Aber wir sind immer noch auf unsicherem Boden. Wir sind noch nicht imstande, ein neues Haus zu beziehen, und müssen vorläufig in unserem alten Haus verbleiben. Aber, um bei diesem Beispiel zu bleiben, Umbauten an diesem Haus, die im Gang sind und offene Seiten bieten, müssen wir fertigstellen. Kommission und Bundesrat sind der Auffassung, dass in Ausführung begriffene Objekte fertigzustellen sind. Nehmen Sie die Minenwerferstellungen. Wir haben diese sehr teuren Waffensysteme beschafft, und sie sollen

nicht im Zeughaus verrotten, sondern, wenn schon, dann dort, wo sie notfalls auch eingesetzt werden.

Wir haben auch gesagt, dass das Schergewicht dieses Bauprogramms auf Ausbildungsbauten zu verlegen ist, weil wir schon lange zu Lasten dieses Sektors Investitionen zurückgestellt haben, um die eigentliche Kampfkraft, die Erstschlagkraft der Armee, zu verbessern. Hier besteht ein Nachholbedarf, und dieser Nachholbedarf ist gegeben, solange wir eine Armee haben. Ich gehe davon aus, dass es sicher ist, dass wir diese Armee behalten können.

Wir haben ausdrücklich auch in der Kommission gesagt, es sei auf Bauten zu verzichten, welche die jetzige Konzeption zementieren. Deshalb gibt es keine neuen Kredite für Sperrstellungen, sondern wir verzichten darauf, zugunsten dieser Ausbildungskredite. Wir wollen aber auch keine neuen Bauten, um eine künftige, noch nicht bekannte Konzeption zu präjudizieren.

Das sind die Ueberlegungen, die die Kommission angestellt hat und die der Bundesrat teilt. Sie haben dazu geführt, dass wir diesem Bauprogramm zugestimmt haben. Es besteht kein Grund, diesem Rückweisungsantrag mit unbestimmtem Auftrag Folge zu leisten.

Ich bitte Sie, ihn abzulehnen.

M. Leuba, rapporteur: S'il y a un point sur lequel tout le monde doit au moins être d'accord, au nom de ce fameux consensus après lequel chacun court mais que si peu contribuent à créer, c'est bien celui de la modification de la situation en Europe. Mais, lorsque l'on constate que cette situation s'est profondément modifiée, on ne peut encore rien en tirer à titre de conclusion pour notre défense nationale. Car ce qui est absolument décisif, ce n'est pas cette modification de la situation mais l'appréciation que cette nouvelle situation fait peser comme menace sur notre pays et c'est à partir de ce point seulement que des conclusions peuvent être apportées quant à notre effort de défense nationale. Or, tout le monde devrait être aussi d'accord pour constater qu'il est trop tôt pour tirer ces conclusions, tant la situation évolue rapidement et personne ne peut nous dire ce qu'elle sera d'ici la fin de l'année.

Le Rapport sur la politique de sécurité devra nécessairement définir cette menace et devra nous indiquer avec quels moyens le Conseil fédéral entend y faire face. De toute manière, ce rapport ne peut pas conclure, ainsi que le sous-entend la proposition de renvoi, à la suppression de l'armée parce qu'il n'y aurait plus aucune menace. Cela n'est tout simplement pas possible après le vote du 26 novembre 1989. Aucun pays ne propose la suppression de son armée, même pas les pays de l'Est qui ont adopté maintenant une conception plus démocratique de leur organisation. La Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe ne part pas du principe que les armées nationales seront supprimées. Tout au contraire, elle entend régler la force de ces armées. Que faire alors? Nous seuls, en Suisse, en laissant les bâtiments se dégrader, en ne construisant pas de locaux pour les stimulateurs Stinger, par exemple – que vous avez décidé d'acheter l'année dernière – mènerions une politique parfaitement absurde. Nous devons donc, dans ce cadre-là, continuer l'effort de construction dans toute la mesure – et la commission y a veillé – où nous ne figeons pas des structures de l'armée que nous pourrions être amenés à modifier prochainement.

Mais quelle liaison y a-t-il entre les modifications intervenues dans les pays de l'Est et la construction d'une caserne remplaçant des bâtiments vétustes dans lesquels nos recrues doivent de toute façon faire leur service? Quelle liaison y a-t-il entre les modifications intervenues dans ces mêmes pays et l'assainissement des bâtiments ruraux, loués par la Confédération sur les places de tir? Véritablement, la proposition de renvoi ne peut pas se justifier par ces modifications en ce qui concerne ce projet de constructions.

Finalement, je constate, en dépit de ma brève expérience parlementaire dans cette maison, que les débats se suivent et se ressemblent. Les contestations des crédits militaires sont renouvelées année après année, seule l'argumentation change. Alors, à propos de ce raisonnement, je dois avouer à M. Aguet que les bras m'en sont quelque peu tombés lorsqu'il prétend

que l'histoire donne raison aux socialistes. Est-ce l'année où s'effondre les régimes socialistes des pays de l'Est qu'il convient de faire cette affirmation? Un peu de modestie dans ce domaine me paraîtrait convenir parfaitement.

En conclusion, je dirai que, la situation étant plus floue et plus incertaine que jamais, ce n'est décidément pas le moment de baisser la garde.

Bundesrat Villiger: Ich hatte eigentlich nicht vor, mich zur Sicherheitspolitik zu äussern, weil ich auch davon ausgehe, dass der direkte Zusammenhang zwischen der neuen Lage und diesem reduzierten Bauprogramm nicht gegeben ist. Aber nachdem diese Fragen aufgeworfen worden sind, äussere ich gerne ein paar Gedanken dazu.

Es ist in der Tat so, dass sich die politisch-militärische Lage stark gewandelt hat. Wir stehen vor verschiedenen Umbrüchen, die sich gegenseitig beeinflussen. Auf der einen Seite ist der Umbruch im Osten mit dem Aufbruch zu Demokratie und Marktwirtschaft an sich schon etwas Kompliziertes, auf der anderen Seite ist die westeuropäische Einigung auch nichts Einfaches. Beides beeinflusst sich gegenseitig und wird noch kompliziert durch die Vereinigung der beiden Deutschland, die auch sehr starke sicherheitspolitische Konsequenzen haben kann, je nachdem, wie sie sich vollzieht.

Der Bundesrat geht davon aus, dass die Chancen für eine positive Entwicklung besser sind als je und dass die Chancen, Konfliktsachen – und das ist immer das Entscheidende einer Sicherheitspolitik – beseitigen zu können, heute grösser sind als je. Auch unsere Sicherheitspolitik wird dem Rechnung tragen müssen. Man könnte sagen, dass diese Sicherheitspolitik in den nächsten Jahren auf zwei Säulen beruhen könnte: auf einer offensiven aussenpolitischen und auf einer eher bewahrenden Säule.

Zur ersten: Wir sollten eine Sicherheitspolitik anstreben, die hilft, Europa im Rahmen unserer Möglichkeiten sicherer zu machen: mit wirtschaftlicher Kooperation, indem wir helfen, im Osten die Marktwirtschaften zu stabilisieren; mit politischer Kooperation, indem wir dazu beitragen, dass sich diese Demokratien festigen können; mit rechtlicher Kooperation, indem wir zu gewaltfreien Konfliktlösungsmechanismen in Europa beitragen, und militärisch gesehen mit friedenspolitischen Massnahmen (Abrüstung, Verifikation usw., das kann bis zu Blauhelmen gehen), also mit einem aktiven Beitrag an ein sichereres Europa in der Erkenntnis, dass auch unsere Sicherheit letztlich von der Sicherheit Europas abhängig ist. Das ist die Karte der Hoffnung, die wir ausspielen können.

Wir müssen das aber – und jetzt komme ich zur bewahrenden Komponente – ohne Naivität tun. Wir müssen gegen Rückschläge gewappnet sein, gegen Eiszeiten, gegen eine «kalte Sophie», die auch politisch wieder kommen könnte, denn wir müssen erkennen, dass es nach wie vor Risikofaktoren gibt, die nicht auf die leichte Schulter zu nehmen sind. Ich darf einige aufzählen. Denken Sie an die Kluft zwischen den Erwartungen dieser Völker, die nun befreit sind, und der traurigen wirtschaftlichen Realität, die möglicherweise noch für Jahre traurig bleibt. Bleiben diese zarten Demokratieansätze tatsächlich stabil? Wir müssen dazu beitragen, aber wir können es nicht garantieren. Denken Sie an die aufbrechenden Nationalitätenkonflikte. Denken Sie an die enorm schwierige innere Situation der Sowjetunion. Sicherheitspolitisch ist von entscheidender Bedeutung, was in diesem Lande geschieht, und die Probleme sind grösser denn je. Denken Sie an neue Gefahren, die kommen, an die Proliferation von Raketentechnologie, von chemischer Waffentechnologie, von Nuklearwaffentechnologie in Ländern, die nicht weit von uns weg sind, die auch in Zukunft gewisse Aggressivitäten entwickeln könnten. Je nach Mischung der Risikofaktoren und der Chancenfaktoren kann die Zukunft sehr verschieden aussehen, und dagegen müssen wir gewappnet sein. Denken Sie auch daran, dass die militärischen Potentiale in Mitteleuropa nach wie vor so gross sind wie nie in der Geschichte, und sie werden immer noch grösser sein als je in der Geschichte, wenn die Abrüstung, die wir auch anstreben, Tatsache werden wird. Wir können heute auch sagen, dass Sicherheitssysteme der Zukunft immer auf Armeen beruhen werden, aber hoffentlich auf tiefe-

rem Rüstungsniveau und hoffentlich mit defensiveren Strukturen, mit Strukturen, die in der Schweiz schon immer beispielhaft waren. Ich glaube also, dass die Chancen für Abrüstung im Moment gut sind, und wir werden uns zu diesen Problemen im Bericht über die Sicherheitspolitik im Namen des Bundesrates äussern.

Herr Bodenmann hat diesen sicherheitspolitischen Bericht schon diskreditiert, bevor er ihn kennt. Ich bedaure das, weil es nicht unbedingt jene Fairness widerspiegelt, die vorhin von Mitgliedern seiner Partei zu Recht gefordert worden ist. Warten Sie diesen Bericht ab und beurteilen Sie ihn dann. Es wird ein Bericht des Bundesrates sein, der breit, interdepartemental abgestützt sein wird.

Ich habe das EMD an einer Pressekonferenz mit einem Supertanker verglichen, der, wenn man am Steuerrad dreht, noch 50 Kilometer weiter fährt, bis er sich bewegt. Alles, was im EMD und in der Armee vorhanden ist, ist eben langfristig angelegt. Rüstung ist etwas sehr Langfristiges. Es braucht erstens einmal ein logisches Ganzes, damit eine Armee in ihren Elementen zusammenpasst, und das muss über Jahre aufgebaut werden. Denken Sie nur, wie lange es geht, bis ein Leopard – vom Anfang der Evaluation, ausgelöst im Departement, über die Parlamentsdebatte – wirklich gebaut ist. Das können Sie nicht in zwei Minuten verändern. Das wird auch bei der Abrüstung so sein. Auch wenn erste Abkommen – was wir hoffen – im konventionellen Bereich unterschrieben sind, wird es sechs bis acht Jahre dauern, bis das wirklich realisiert ist. In der Zwischenzeit sind diese Waffen noch vorhanden und einsatzfähig. Auch eine Milizarmee braucht lange, bis sie ihre Strukturen verändern kann. Nicht nur, weil Veränderungen über Vernehmlassungen und verschiedene parlamentarische Beschlüsse vorgenommen werden müssen, sondern weil es auch lange braucht, bis eine neue Philosophie über die Ausbildung bei den Soldaten oder eine neue Strategie dann wirklich wirksam wird, bei den kurzen Ausbildungszeiten, die wir haben. Auch bei den Bauten haben wir langfristige Konzepte, die Sie nicht plötzlich abbrechen können. Hier haben wir sicher erste Akzente gesetzt. Wenn man uns den Vorwurf der totalen Unbeweglichkeit macht, muss ich auch hierzu sagen, dass dies ungerecht ist. Es mag politisch attraktiv sein, uns das immer wieder vorzuwerfen und uns auch als Lügner und Spitzbuben zu bezeichnen, aber es ist ungerecht. Es ist in diesem Departement wohl noch kaum je so viel gleichzeitig in Bewegung gewesen. Es ist so viel, dass es ein beachtliches Managementproblem ist – vor dem ich Respekt habe –, das alles überhaupt zu bewältigen. Wir gehen über die Bücher – Herr Hubacher –, und zwar sehr intensiv. Ich darf «Armee 95» erwähnen. Die Reduktion um einen Drittel ist grösser als all das, was jetzt irgendwo in unserem Umfeld konkret in Bewegung ist. Das bedeutet eine völlig neue Struktur dieser Armee. Eine politische Vorgabe habe ich unlängst gegeben, die darauf abzielt, dass es nicht wieder fünf Jahre braucht, wenn wir die Struktur weiter verändern wollen, sei es Richtung Reduktion/Abrüstung – wenn wir in diese Gespräche einbezogen werden sollten –, sei es – wenn die Gefahr wieder steigen sollte – in der anderen Richtung. Denken Sie an die Ausbildung, wo die Gruppe Schoch, aber auch die Gruppe für Ausbildung intensiv daran sind, den gewaltigen Brain storm, der in diesem Lande im letzten Jahre herrschte, aufzuarbeiten und daraus verdaubare, vernünftige, richtige Reformpakete zu gestalten. Denken Sie an die Bauten, wo wir starke Akzentveränderungen vorgenommen haben. Ich komme noch im Detail dazu. Aber denken Sie auch an die Logistik und an unser Industriepotential, das natürlich von alldem betroffen wird. Wir überprüfen z. B., ob unsere Munitionsbestände richtig sind, ob wir hierzu nicht immer zu vornehm waren und zuviel an Lager legten. Das wird alles bis zum letzten Munitionshäufchen und bis in die Produktion Konsequenzen haben. Denken Sie an die Elektronisierung, an die Auswirkungen auf die Bestände, auf die KMV-Zeughäuser. Das alles kann man nicht einfach so mit ein paar Schlagworten aus dem Handgelenk abtun.

Noch zu den Kosten: Ich habe an unserer letzten Pressekonferenz gesagt, dass wir vom EMD her anstreben, die Kosten real einzufrieren, und zwar trotz der weiteren Mechanisierung und Erneuerung alter Waffensysteme, die weiterhin nötig sein wer-

den, wenn wir eine Armee haben wollen, die glaubwürdig ist, und trotz der Erneuerung der Flugwaffe. Schon das erfordert sehr starke Prioritäten. Sie dürfen das nun nicht vergleichen mit Ländern, die jetzt vom Abbau sprechen wie die Vereinigten Staaten, die in sehr kurzer Zeit ihre Budgets nahezu verdoppelt hatten, während wir ein einigermaßen gedämpftes, lineares Wachstum betrieben. Sie können das auch nicht mit der Sowjetunion vergleichen, die viel zuviel von ihrem Sozialprodukt in die Rüstung gesteckt hat. Herr Bodenmann hat natürlich schon gewusst, warum er Japan erwähnt hat und nicht die Nato-Länder. Verglichen mit den Nato-Ländern geben wir wesentlich weniger aus in bezug auf das Sozialprodukt. Japan hat ein so grosses Sozialprodukt, dass es trotz dieser, von Ihnen als eher klein betrachteten Ausgaben im Moment die drittgrösste Militärmacht der Welt ist, und das macht gewissen Leuten hier im Saal sogar Sorgen. Ich glaube, dass mit unserer Politik der Anteil des Militärs an den Bundesausgaben in der Zukunft sehr rasch kleiner werden wird, wie das in der Vergangenheit schon gewesen war. Ich werde mich dagegen wehren, dass man über das Budget die Armee unglaublich machen will. Ich bin der erste, der Schwerpunkte setzen und nur das realisieren will, was nötig ist; aber man kann eine Armee auch über die Budgets so aushungern, dass wegen überalterten Waffensystemen die Motivation der Wehrmänner verschwindet, dass das Klima für weitere Antiarmeeaktionen besser wird. Ich glaube, zu so etwas dürfen wir, solange wir zu unserer Landesverteidigung stehen, nicht ja sagen.

Noch kurz zum eigentlichen Programm: Sie wissen, es umfasst für 358 Millionen Franken Bauvorhaben. Nicht mehr darin enthalten sind die Vorhaben für die Rüstungsbetriebe, weil diese nach dem neuen Finanzhaushaltsgesetz nicht mehr buchhalterisch sind. Die Objektschritte liegen um 40 bis 70 Millionen Franken tiefer als in den früheren Jahren, als sie sich noch auf zwischen 400 und 430 Millionen belief. Sie ist nominell auf dem Stand von 1986; die Teuerung eingerechnet, vor allem die Bauteuerung, ist das sogar eine signifikante Reduktion. Diese Reduktion war auch deshalb unvermeidlich, weil die Zahlungskredite der Bauten, die ja massgeblich sind, für das, was in Wirklichkeit realisiert wird, in der letzten Zeit real abgenommen haben. Der Hauptteil der Kürzungen wurde bei den Geländeverstärkungen vorgenommen. Sie erreichen den Stand von Mitte der achtziger Jahre, auch nominell. Damals wurde auf Ihren Wunsch und auf Wunsch der Militärkommissionen das Schwergewicht sehr stark auf Kampf- und Führungsbauten verlegt; das ist etwas, was wir jetzt zurückgenommen haben. Wir wollen aber das Festungsminenwerfer-Programm noch abschliessen. Auch dieses Programm ist ein langfristiges Konzept, und es wäre fahrlässig, es einfach abzublocken. Es ist auch nicht so, dass die Konzepte von «Armee 95» den Festungsminenwerfer-Bereich stark betreffen würden, weil die Festungsminenwerfer im Schlüsselgelände stehen. Das Gelände ist gegeben, welche Doktrin wir auch immer haben.

Der vorläufige Verzicht auf den weiteren Bau von Führungsanlagen für grosse Verbände und Sperrstellungen gewährleistet die Handlungsfreiheit für «Armee 95». Ich habe den Generalstabschef schon vor längerer Zeit beauftragt, bei Geländeverstärkungen und Führungsbauten einen Stopp und eine Denkpause – auch beim EMD gibt es Denkpausen, aber nur dort, wo sie sinnvoll sind! – einzuschalten und das Problem zu überprüfen, weil die Armee 1995 kleiner und flexibler sein wird. Das wird für diese Bereiche Konsequenzen haben.

Es ist auch eine gewisse Umorientierung Richtung Ausbildung nötig. Das wollen wir mit diesem Programm einleiten. Wir wollen mehr für die Ausbildungsinfrastruktur einsetzen. 40 Prozent oder 135 Millionen Franken sind schon für Ausbildungszwecke reserviert. Einige Vorhaben gelten diesem Bereich. Airolo, Herisau-Gossau, auch Kasernenunterkünfte usw.: Neue Waffensysteme brauchen eben auch neue Ausbildungszentren – ich denke an den Stinger. Es geht hier nicht um Luxus, sondern ganz einfach darum, unseren jungen Mitbürgern, die als Wehrpflichtige eine Aufgabe erfüllen, die ihnen von der Verfassung aufgetragen worden ist, ordentliche, saubere und einigermaßen freundliche Unterkünfte und effiziente Ausbildungseinrichtungen zu bieten. Sie haben sie

schlicht und einfach verdient. Hier besteht ein gewisser Nachholbedarf.

Ich glaube, dass auch die Modernisierung der Ausbildungseinrichtungen hilft, den vielgeschmähten Leerlauf zu bekämpfen. Ein Wehrmann, der gut und rationell ausgebildet wird, ist auch besser motiviert. Deshalb sind hier – und das wird auch in den nächsten Jahren so sein – Investitionen wichtig. Auch die Simulation wird zunehmen; das hat verschiedene Gründe: Viele Munitionsarten sind so horrend teuer, dass wir mit Simulation arbeiten müssen, oder sie sind so explosiv, dass wir damit in der Schweiz gar nicht üben könnten. Wir können auch damit einen Beitrag an die Umweltverträglichkeit der Armee leisten.

Noch zu einigen Fragen, die hier gestellt worden sind: Herr Bodenmann, zur Frage, ob in diesen Krediten irgendwelche Zahlungen in Richtung Una (Widerstandsorganisation) versteckt seien: Es sind keine solchen Kredite hier enthalten.

Herr Rebeaud, zur Frage, ob die Bauten in Sitten, die Unterstände, ein Präjudiz für den F/A-18 seien: Für die Unterbringung der Trainingsflugzeuge Hawk in Sitten haben Sie bereits mit einem früheren Bauprogramm zwölf Einstellzellen genehmigt. Unabhängig davon, ob noch dieses Jahr oder irgendeinmal später ein neues Kampfflugzeug beschlossen wird, und zwar welches auch immer, ob F/A-18 oder ein anderes, ist es sinnvoll, die Zellen, die für den Hawk vorgesehen sind, auch für ein allfälliges neues Kampfflugzeug zu verwenden. Der beantragte Zusatzkredit dient deshalb dazu, die sechs bereits im Bau befindlichen Zellen zu erweitern und die Pläne der neuen Zellen anzupassen. Unabhängig davon, wie sich die Beschaffung entwickelt, müssen aber die restlichen sechs Zellen, für die der Kredit bereits bewilligt ist, baldmöglichst errichtet werden, um eben für den Hawk zur Verfügung zu stehen. Es wäre also nicht sinnvoll, den Entscheid über diesen Zusatzkredit von der Beschaffung abhängig zu machen. Wenn Sie diesen Zusatzkredit ablehnen, sparen Sie im Moment zwei Millionen Franken. Sollte aber das Flugzeug einmal beschafft werden, kostet es ein Mehrfaches an Investitionen. Das ist einfach eine Offerte unsererseits; wir glauben, dass die Versicherungsprämie von zwei Millionen gerechtfertigt ist, aber die zwei Millionen sind in keiner Weise ein Präjudiz für Ihren späteren Kampfflugzeugentscheid.

Herr Rebeaud, zur Frage des Führungsbunkers: Es haben auch andere darauf hingewiesen, Herr Carobbio zum Beispiel. Dieser hat gewettert, dass hier das Parlament nicht habe kontrollieren können. Ich werde beim Minderheitsantrag, der diese Position streichen will, die Frage beantworten.

Herr Ledergerber hat an ein paar Beispielen aufzeigen wollen, warum man etwas nicht machen sollte. Nach ihm sind es Präjudizien für die Struktur der neuen Armee. Ich kann zu den Munitionsmagazinen sagen, dass es beim grösseren Teil vor allem um Sicherheitsinvestitionen geht, und auch beim anderen Teil ist kein Präjudiz im Hinblick auf «Armee 95» festzustellen. Bei den Führungsbauten haben wir alle neuen Projekte gestoppt, was jetzt noch läuft, ist die Fortsetzung von angefangenen. Hier werden sich vielleicht Änderungen ergeben, weil wir ja nicht wissen, wie viele Divisionen es noch gibt, ob die solche KP brauchen oder ob wir dann mehr Brigaden usw. haben. Zu den Festungsminenwerfern habe ich mich bereits geäussert.

Herr Ledergerber hat auch von «Armee 95» gesprochen. Ich darf noch einen letzten Gedanken zu «Armee 95» beifügen. Die Abrüstung wird verkleinerte und verdünnte Armeen in Europa bringen, wenn sie einmal Wirklichkeit wird. Ich muss aber sehr nüchtern darauf hinweisen, dass die Verdünnung und Verkleinerung teilweise durch verstärkte Feuerkraft, erhöhte Beweglichkeit und stark erhöhte Zielgenauigkeit kompensiert werden. Die Technisierung, die Modernisierung gehen weiter, vielleicht nicht mehr ganz so schnell wie früher, aber sie gehen unentwegt weiter. Beispielsweise gehen die einseitigen Restrukturierungen der Sowjetarmee sehr stark auch in Richtung «McKinsey-Rationalisierung», Anpassung an ein modernes Gefechtsfeld, weil diese Armee schlicht und einfach überpanzert war. Wenn man das als Abrüstung verkauft, können wir auch «Armee 95» mit gutem Gewissen als Abrüstung verkaufen. Wenn in Wien ein CFE kommt, wird das echt mehr brin-

gen, aber unsere Struktur wird dann so sein, dass auch wir das Richtige und Angemessene tun können. Ich muss aber auch darauf hinweisen, dass man mechanisierte Berufsarmeen nicht mit einer nach wie vor infanterielastigen schweizerischen Milizarmee vergleichen darf. Sie dürfen nicht einfach Mann gleich Mann setzen, sondern in all diesen Gedanken muss natürlich die Milizstruktur unserer Armee berücksichtigt werden. Herr Aregger hat bemängelt, die zehn Millionen, die wir für allgemeine Erneuerungen eingesetzt haben, seien etwas wenig. Das war ein Schnellschuss von mir, um eben schon im Bauprogramm Dinge anpacken zu können, die im langfristigen Bereich gar nicht vorgesehen waren. Ohne Vorplanung hätte man gar keine grösseren Beträge unterbringen können. Auch das ist ein kleines Mosaiksteinchen in Richtung einer Akzentverschiebung.

Zu Herrn Jaeger möchte ich nicht sehr viel sagen. Er hat zwar gesagt, man solle hier die politische Kultur wahren – ich unterstütze seine Meinung ganz und gar –, andererseits hat er uns sehr hart eine Konfrontationspolitik vorgeworfen. Ich habe mit diesem Vorwurf einfach etwas Mühe. Wenn Leute – das sind nicht Sie, Herr Jaeger, das weiss ich – Besetzungen einleiten und diejenigen, die das Recht durchsetzen sollen, daran hindern und sie nachher noch der Konfrontation bezichtigen, dann ist das für mich schwer verständlich.

Herr Carobbio hat noch eine Frage im Zusammenhang mit Airola und Lodrino gestellt. Seine zweite Frage werde ich in der Diskussion über den Führungsbunker beantworten. Airola ist, darüber sind wir uns beide einig, nötig. Ich glaube nicht, dass es für Sie politisch attraktiv gewesen wäre, dieses Projekt zu bestreiten. Zu Lodrino hingegen kann ich Ihnen sagen, dass es sich um Werkstätten handelt, die für den Triebwerkunterhalt notwendig sind. Damit können 120 Arbeitsplätze erhalten werden. Es geht um Hallen für den Betrieb von Super Pumas auf der Alpensüdseite, es geht auch um die Hallen. Militärisch ist das wichtig für Truppen- und Materialtransporte. Auch was die Waldbrandbekämpfung anbelangt, die in Ihrem Gebiet leider immer wieder nötig wird, liegt diese Positionierung von Super Pumas im Interesse Ihres Kantons.

Ich habe schon letztes Jahr gesagt, wir sollten in Zukunft in der Armee mehr in den Menschen als in Sachen investieren. Das Bauprogramm spiegelt diesen Willen wider. Ich bitte Sie um Eintreten.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	123 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	35 Stimmen

Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 11.05 Uhr
La séance est levée à 11 h 05

Militärische Bauten und Landerwerb

Ouvrages militaires et acquisitions de terrain

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1990
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	08
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	90.026
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	13.06.1990 - 08:00
Date	
Data	
Seite	993-1008
Page	
Pagina	
Ref. No	20 018 667

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.